

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

18. Sitzung
14. Dezember 2022

Beginn: 09.48 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlichen-
rechtlichen Rundfunks**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion der FDP)

[0028](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Hierzu haben wir heute eine Anhörung. Als Anzuhörenden möchte ich ganz herzlich Herrn Tom Buhrow, ARD-Vorsitzender und Intendant des WDR, begrüßen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie da sind, und auch schön, dass Sie eben an der Veranstaltung teilgenommen haben. Das hat uns sehr gefreut. Herr Buhrow wird von Frau Ingrid Schmitz, Leiterin der ARD-Kommunikation, begleitet. Auch an Sie ein herzliches Willkommen! Wir begrüßen außerdem Herrn André Busshuven, Leiter des Verbindungsbüros des Intendanten. Herzlich willkommen!

Ich stelle fest, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Ich gehe auch davon aus, dass der Ausschuss ein Wortprotokoll wünscht. – Ich sehe auch hier Nicken. Wird die Begründung des Besprechungsbedarfs durch eine der antragstellenden Fraktionen gewünscht? – Ich sehe die Wortmeldung der SPD-Fraktion. – Frau Kühnemann-Grunow, Sie haben das Wort!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlich willkommen bei uns im Ausschuss für Medien heute an Herrn Buhrow und das Gefolge.

Wir haben diesen Besprechungspunkt natürlich nicht ohne Grund auf die Tagesordnung gesetzt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine unverzichtbare Säule der Demokratie und der kritischen Berichterstattung und bietet gleichzeitig ein breites und vielfältiges Unterhaltungsangebot. Ich denke, besonders die dezentral organisierte ARD bildet noch mal in einer besonderen Art und Weise die vielfältige Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland ab. In diesem Zusammenhang können Sie sich sicher vorstellen, dass uns die Vorwürfe, die gegen die damalige Intendantin des RBB erhoben wurden, schwer erschüttert. Dementsprechend ist es für uns wichtig, dass wir darüber sprechen und uns Gedanken machen, wie wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken können.

Ich bin der Auffassung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk weit entfernt von einer Krise ist. Es ist aber natürlich so, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir ihn neu aufstellen, wie wir ihn krisenresilient machen. Es braucht eine Erneuerung in vielen Bereichen, vor allem strenge Complainceregelungen mit entsprechenden Maßnahmen zur Korruptionsprävention im Hinblick auf Vergütungsstrukturen, Transparenz, Öffentlichkeit sowie Maßstäbe für Gehälter. Die Kontrollgremien müssen dringend neu aufgestellt werden. Wir brauchen, zumindest für Berlin-Brandenburg, auch eine Professionalisierung der Aufsichtsgremien des Rundfunkrats, des Verwaltungsrats, eventuell auch in Form einer besseren Ausstattung von Geschäftsstellen. Wir brauchen aber, glaube ich, auch insgesamt mehr Zukunftsfähigkeit. Die digitale Transformation der Gesellschaft ist längst noch nicht abgeschlossen. Ich spreche jetzt hier vom RBB, aber das gilt insgesamt für die ARD, genauso wie für das ZDF, das längst um das junge Publikum kämpft. Wir brauchen ein Angebot, das nicht mehr rein auf lineare Angebote zurückgreift. Von daher wird es auch darum gehen, wie man das Programm zukunftsfähig gestalten kann und gleichzeitig den öffentlich-rechtlichen Rundfunk krisenresilient aufstellt.

Grundsätzlich ist es uns wichtig, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk für Qualität steht. Er steht mit seiner ganzen Staatsferne, Unabhängigkeit und pluralistischen Arbeitsweise für uns für eine freie, individuelle und auch öffentliche Meinungsbildung und ist auch in dem Sinne unverzichtbar. Wir sehen aber auch, dass es einiger Maßnahmen braucht, um die Akzeptanz nach wie vor hochzuhalten, und wir müssen uns Gedanken dazu machen, bei aller Staatsferne, die uns eine direkte Einflussnahme verbietet, wie wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der insgesamt in Europa unter Druck steht – die ganze Debatte rund um die Gebührenfinanzierung etc. – stärken. Es geht darum, dass wir als Politik für Akzeptanz werben und dieses Angebot für die Zukunft erhalten. Deshalb ist diese Anhörung heute für uns immens wichtig, weil wir uns daraus auch Schlüsse erhoffen, die dann durch uns direkt auf den RBB anzuwenden sind. Wir haben die Novellierung der Rundfunkstaatsverträge des RBB-Rundfunkstaatsvertrags mit Brandenburg gemeinsam vor. Für uns wird hieraus dann die Aufgabe erwachsen, Schlüsse daraus zu ziehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Dann hat die Senatskanzlei das Wort für eine Stellungnahme. – Herr Dr. Fischer!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Buhrow! Erst mal herzlich willkommen hier im Land Berlin. Es freut mich, dass Sie heute hier sind und wir miteinander über die Auftrags- und Strukturoptimierung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk diskutieren können.

Ich will einleitend noch einmal kurz den Stand darstellen, den wir im Länderkreis aktuell verhandeln. Sie haben in diesen Tagen auch die formale Ratifikation des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags vorliegen, den wir hoffentlich in recht kurzer Zeit durch das Hohe Haus hier bringen können. Mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag haben wir schon einige Schritte vorgenommen, wie wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Zukunft führen wollen. Dazu gehört eine Stärkung der Gremien, aber auch eine Flexibilisierung im Auftrag. Was ich insbesondere für Berlin für richtig und wichtig halte, ist beim Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch der Auftrag zu unterhalten und dass wir das als ein wichtiges Element des Öffentlich-Rechtlichen gesichert haben. Ich glaube, das ist neben der Bildung und den anderen Themen und Informationen ein wichtiger Aspekt beim zukünftigen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Damit ist aber die Diskussion nicht beendet, sondern wir arbeiten derzeit parallel weiter daran, die nächsten Staatsvertragsreformen durchzuführen. Wir hatten am 19. Oktober dieses Jahres einen, wie ich finde, sehr guten Austausch mit den Intendantinnen und Intendanten von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Wir waren uns da insofern einig, dass wir ein bisschen Tempo bei den nächsten Reformen machen müssen und dass es auch mutiger Reformschritte bedarf, um den Öffentlich-Rechtlichen in die Zukunft zu führen. Ich glaube, das war sicherlich auch einer der Auslöser dafür – dazu wird Herr Buhrow mit Sicherheit gleich noch etwas sagen –, dass es danach noch Impulse von anderen Seiten gegeben hat. Es freut mich sehr, dass wir hier im Länderkreis auch mit den Intendantinnen und Intendanten in der Hinsicht einer Meinung sind, dass wir das jetzt nicht liegenlassen können, sondern dass wir mutig vorangehen und die nächsten Schritte sehr schnell beschreiben müssen.

Dazu gehört zum einen natürlich, dass die Anstalten selbst im Rahmen von Selbstverpflichtungen – insbesondere finanzwirksamen Selbstverpflichtungen – ihren Teil der Arbeit leisten. Wir im Länderkreis in der Rundfunkkommission haben uns vorgenommen, im Januar in einer Klausurtagung noch einmal darüber zu sprechen, was die nächsten Schritte sind, insbesondere was die Rundfunkfinanzierung angeht. Wir haben vereinbart, das Mitte Januar im Kreis der Ländervertreter intensiver zu diskutieren. Was parallel läuft, ist eine Debatte über die Compliance. Auch hierzu sind wir im Länderkreis, wie ich finde, ganz gut vorangekommen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir dann im nächsten Jahr die konkreten Vorschläge für eine weitere Vertragsreform vorlegen werden. Das ist insbesondere für uns aus der Berliner Sicht sehr hilfreich, denn wenn wir über den RBB-Staatsvertrag miteinander sprechen, dann ist das ja nicht losgelöst von den Diskussionen, die wir mit den anderen Ländern führen.

Umso mehr wir im Länderkreis an Strukturen und Reformvorschlägen geeint bekommen, umso einfacher wird es uns fallen, das auch hier bei unserer Rundfunkanstalt umzusetzen und in der Diskussion mit der Landesregierung Brandenburg und dem Brandenburger Landtag dann auch zu einem guten Ergebnis zu führen. Da will ich einen Punkt machen. Das ist sozusagen der Rahmen, in dem wir uns aktuell in der Länderdebatte befinden. Ich freue mich sehr, auch von Herrn Buhrow zu hören, wie die Diskussion innerhalb der ARD läuft und danach auf eine gute Diskussion dazu.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann kommen wir zu Ihnen, Herr Buhrow. Sie haben jetzt das Wort. Nehmen Sie sich die Zeit, die Sie brauchen. Wir haben nur Sie heute als Anzuhörenden hier. Ich werde keine Zeitbeschränkung fordern, aber bei einer Stunde werde ich Sie dann daran erinnern, wenn es zu lange ist.

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender und Intendant des WDR): Danke schön! – So lang wird meine Einführung nicht sein, Frau Vorsitzende. – Liebe Frau Çağlar! Ich glaube, Frau Träsnea ist noch nicht da oder ist nicht da. Ansonsten begrüße ich sie auch ganz herzlich. Sehr geehrter Herr Staatssekretär Fischer! Meine Damen und Herren! Erstens, danke für die Einladung und auch danke, dass ich dabei sein konnte und wir dabei sein konnten beim Chanukka fest, bei der Übergabe des Chanukka-Leuchters. Das war bewegend, und es waren auch tolle Worte, gut für Berlin, gut für die jüdische Gemeinde. Ich fand es wirklich, wie der Rabbiner sagte, ein Zeichen der Hoffnung.

Ich danke auch für die einführenden Worte von Ihnen, denn das unterstreicht das, was ich auch erst mal an Anfang setzen möchte. Es ist zwar nicht besonders überraschend, wenn ein ARD-Vorsitzender erst mal sagt, wie wichtig und gut die ARD ist, ich würde aber auch sagen, der ganze öffentlich-rechtliche Rundfunk. Ich finde aber, gerade weil jetzt sehr viel Kritisches geäußert wurde im letzten halben Jahr und natürlich vor allen Dingen hier in Berlin oder von Berlin ausgehend, dass es schon mal kurz angebracht ist. Ich bin überzeugt, dass trotz der Skandale, wir brauchen nicht drumherum zu reden, die hier den Ausgang hatten, die aber auch erst mal unsere Arbeit überschattet hatten in der ganzen ARD, unsere Arbeit wichtig ist, dass wir eine wichtige Rolle spielen für regionale Vielfalt und vor allen Dingen für den demokratischen Dialog in Deutschland.

Ich möchte kurz in Erinnerung rufen, weil man das so schnell wieder vergisst, was wir während Corona geleistet haben. Corona kam mit aller Wucht über das ganze Land und über alle Regionen und alle Bundesländer – Stadt und Land. Wir haben informiert, nicht nur über das, was in der Welt los war in der Pandemie, wir haben auch informiert über das, was um die Ecke los war bei den Leuten, ob Schulen geschlossen waren, was mit den Gesundheitsämtern ist, wie der neueste Stand der Forschung ist. Sie haben es eben auch erwähnt, dass die Unterhaltung auch eine Rolle spielt. Manchmal wird es etwas beschränkt, vor allen Dingen, wenn man sich als Bildungsbürger äußert: Information, Kultur und Dokumentationen, aber ohne die Unterhaltung und ohne das, was die Menschen in der Breite bewegt, erreicht man die Menschen nicht genug. Wir haben die Kinder, als die Schulen geschlossen waren, weiter ausgebildet kann man sagen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Eltern sicher sein konnten, dass sie ihre Kinder noch weiter ausbilden konnten. Wir haben alles, bis hin zur Kultur, aufrechterhalten. Wir haben Kultur ins Wohnzimmer gebracht. Wir haben Künstler unterstützt, auch kleine Künstler, die freischaffend sind. Unsere festen Ensembles waren abgesichert. Wir waren eine Klammer in dem Land, und insofern kann man sehen, was wir für eine Rolle spielen, wenn

wir sie gut ausfüllen. Ich war wirklich selten so stolz wie während Corona, weil abstrakte Diskussionen in den Hintergrund getreten sind, und alle haben sich in der ganzen ARD in den Dienst der Gesellschaft gestellt. Das, finde ich, ist dann die Bewährungsprobe, und so müssen wir auch sein.

Sie haben in Kürze in Berlin wieder eine Wahl, und da ist es wichtig, dass die Menschen sich informiert eine Meinung bilden und eine Entscheidung treffen können. Das heißt, es muss sichergestellt sein, dass die, die sich bewerben in der Wahl, ein Forum haben, wo der Dialog stattfindet, wo die Auseinandersetzung stattfindet, wo auch die Unterschiede zwischen den Kandidaten deutlich werden und wo auch durchaus ein kritischer Dialog stattfindet. Das alles gelingt natürlich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das ist das, wo gerade in der föderalen Regionalität die ARD sich verpflichtet fühlt.

Ich muss natürlich auch konstatieren, es hat sich für uns und die ganze Medienbranche sehr viel verändert. Das ist die Digitalisierung. Das klingt nach einer Binsenweisheit, aber man muss sich wirklich einmal klarmachen, dass die Digitalisierung ein Innovationsschub ist, wie er nicht vielleicht einmal alle 100 Jahre vorkommt, sondern hier reden wir von allen 500 Jahren. Das ist so etwas wie der Buchdruck oder vielleicht Elektrizität, also etwas, was wirklich alles auf den Kopf stellt. Bei der Elektrizität dachte man, das ist Licht. Das ist viel mehr als Licht. Das ist Licht, das ist Wärme, das ist Computer, das ist Audio, das ist Video. Es ist alles möglich. Es hat alles revolutioniert, und so ist das. Das hier ist nur das erste Innovationsprodukt aus diesem Riesenzyklus. Das wird alles auf den Kopf stellen. Das lässt uns nicht unberührt, und das bedeutet natürlich eine enorme Herausforderung auch für die Presse und auch für den kommerziellen Rundfunk. Jetzt reden wir aber über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die ARD im Besonderen. Das ist etwas, wo wir gucken müssen, weil es natürlich Investitionen erfordert: Wie können wir das bewerkstelligen? – Da bin ich sozusagen bei der Notwendigkeit bei uns. Die letzte ARD-Vorsitzende hatte gesagt: Ja, wir müssen zwei Pferde reiten, aber beide müssen fressen. Wir sagen jetzt: Wir müssen gucken, dass wir mit dem, was wir haben an Futter für die beiden Pferde, mit dem Heu auskommen und umschichten, sodass wir nicht für jede Investition an die Öffentlichkeit kommen und sagen müssen: Wir brauchen Geld, weil wir diese Transformation wuppen müssen. Da sind wir dran, und dazu sage ich Ihnen gleich noch ein paar Stichworte.

Wir müssen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die ARD nach vorne bringen, aber wir müssen das möglichst tun, ohne dass wir sagen, wie das sonst eine Firma vielleicht machen würde: Ich verkaufe neue Produkte, habe neue Einnahmen, und dann investiere ich. Diese Investitionen müssen wir durch Umschichtungen zu einem großen Teil erlangen, und das tun wir auch.

Sie haben mich nach dem Medienänderungsstaatsvertrag gefragt. Ich glaube, dass er ein sehr positiver Schritt nach vorne ist und bin völlig mit Ihnen einer Meinung, Herr Staatssekretär Fischer. Ich glaube, dass er Möglichkeiten eröffnet, und die werden wir auch nutzen. Das kann ich Ihnen auch jetzt schon sagen. Wir haben gerade gestern in Potsdam eine Sondersitzung gehabt. Wir sind extra nach Potsdam gegangen, weil der RBB eine Zweiländeranstalt ist. Wir haben da auch besprochen, dass wir die Möglichkeit der Flexibilisierung haben wollen, also sprich: darunter ist zu verstehen, dass man Kanäle, Sendungen, die jetzt linear stattfinden, ins Digitale verlegen kann. Das muss mit den Aufsichtsgremien zusammen besprochen werden. Die haben nicht nur ein Wörtchen, sondern ein entscheidendes Wort mitzureden. Das

gibt den Sendern inklusive ihren Aufsichtsgremien einen geordneten Weg vor, wie man so einen Transfer machen könnte, um damit diese Digitalisierung, die ich eben geschildert habe, effizient zu nutzen, sodass nicht einfach nur Dinge oben draufgesattelt, sondern auch Dinge umgewidmet werden. Das werden wir nutzen. Das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen. Andere haben gesagt, das machen sie erst mal nicht. Sie haben erst mal nicht vor, das zu tun. Wir geben das gegenteilige Signal. Das kann ich Ihnen nach der Sitzung gestern sagen. Wir werden das tun.

Ich muss allerdings einer, ich will nicht sagen Illusion, falschen Vorstellung Vorschub leisten. Die Flexibilisierung, also die Verlagerung eines Kanals oder eines Spartensenders ins Internet ist nicht automatisch eine gigantische Sparaktion, denn auch ein gestreamter Kanal, der dann im Internet gestreamt wird, kostet Geld. Jetzt nur einmal als Beispiel: Ein ausgestrahlter Kanal, deshalb hieß es immer Massenmedium oder Broadcast, das heißt, Sie haben einen Punkt, von dem aus Sie senden, und dann haben Sie ganz viele Empfänger, und wenn Sie dann Millionen Empfänger haben, wird es nicht unbedingt teurer oder kaum. Beim Internet ist es aber umgekehrt. Je mehr Leute Streamen, desto mehr kostet das Ressourcen, weil es von den Servern abgerufen wird. Da ist es also umgekehrt. Sie müssen also jeden Einzelnen erreichen. Ich will damit nicht sagen, es wird teurer als das bisherige lineare Ausstrahlen, aber es ist nicht automatisch die Lösung aller finanzwirksamen Probleme.

Stichwort finanzwirksame Selbstverpflichtung: Wir haben diese finanzwirksame Selbstverpflichtung, es ist egal, wie man sie nennt, der KEF signalisiert. Das ist relativ frisch. Es ist ein paar Wochen her. Die KEF hatte uns parallel zur RFK aufgefordert, und wir gehen davon aus, dass das dieselbe Aufforderung oder dieselbe Erwartung ist, dass wir das, was an Mehreinnahmen eingenommen wurde und möglicherweise noch wird in dieser Vierjahresperiode, beiseitelegen und nicht einfach ausgeben, zum Beispiel für digitale Bedarfe für die Innovation, und damit dem Beitragszahler zu Gute kommt in der nächsten Periode und dafür eine Rücklage ist. Wir haben gesagt, das wollen wir machen. Sie wissen das wahrscheinlich noch genauer und detaillierter als ich es Ihnen schildere, aber in Berlin beim RBB war es so, dass das von der letzten Intendantin miteingeplant wurde in die Wirtschaftspläne und dass die neue Intendantin, die Interimsintendantin die heldenhafte Anstrengung unternehmen muss und die Aufsichtsgremien mit, das aus den Wirtschaftsplänen wieder herauszuholen, weil das, was sie als RFK zu Recht erwarten, nämlich dass wir dieses Geld nicht einfach ausgeben, sondern erst mal separieren und das, was die KEF auch zu Recht erwarten darf, das ist da ignoriert worden, und das musste jetzt wieder aus den Wirtschaftsplänen raus. Dahinter verbirgt sich diese 40 Millionen-Euro-Sparanstrengung, diese Streichliste, die nötig ist. Das ist das Geld, das fälschlicherweise schon für laufende Ausgaben im kommenden Jahr und in den nächsten Jahren eingeplant war. Insofern nehmen wir das ernst. Das zum Thema Selbstverpflichtung.

Dann noch weiter zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag: Ich bin mit Ihnen einer Meinung, Herr Staatssekretär Fischer, dass das nicht das Ende sein wird und sein soll. Ich glaube, dass das erst mal ein guter Schritt ist und Möglichkeiten eröffnet, die wir nutzen können und werden. Ich glaube aber, dass die, die noch mehr Reformen erwarten, sich natürlich dann auch in der Medienpolitik weiter an die Arbeit machen müssen, um weiter Reformen bei den Sendern zu ermöglichen. Ich habe das auch in Sachsen-Anhalt gesagt, wo ich auch im Landtag war vor wenigen Monaten, als in einer Fraktion gesagt wurde: Das ist ja nur ein Reförmchen. Wir wollen mehr. – Dann wurde ich gefragt: Was halten Sie denn davon? – Dann habe ich gesagt: Ich kann keinen Ratschlag dazu geben, aber ich würde, wenn Sie mehr Reformen er-

warten als dieser Medienänderungsstaatsvertrag, nehmen Sie doch erst mal, was auf dem Tisch liegt und was Sie kriegen können, und dann beginnen Sie direkt mit den Beratungen zum nächsten Medienänderungsstaatsvertrag. Der wird mit Sicherheit kommen. – Ich will jetzt gar nicht ausweichen, aber das sind Dinge, die ich Ihnen nicht als ARD-Vorsitzender sagen kann, das sage ich als WDR-Intendant und als jemand, der sich mit Medienpolitik natürlich auch befasst, wo es nicht komplett einen Konsens innerhalb der ARD gibt. Ich glaube aber, es ist mit den Händen zu greifen, dass nach den Erschütterungen dieses Sommers, das war erst mal ein Schock und es hat natürlich die Arbeit des ganzen öffentlich-rechtlichen Rundfunks überschattet, wir natürlich erst mal beweisen und belegen mussten: Was tut ihr denn? Was habt ihr für Compliance-Richtlinien? Wie wollt ihr die reformieren und verbessern? Dazu komme ich gleich auch noch.

Ich möchte erst mal zu dem Grundsätzlichen im Rahmen des Medienänderungsstaatsvertrags und den Reformen sagen: Auch nach den Beratungen, die wir gestern den ganzen langen Tag geführt haben, haben wir einen Reformweg, den wir schon seit mehreren Jahren beschritten haben. Ich nenne das Kulturportal in Mitteldeutschland, Regionalisierung der „Tagesthemen“, damit auch auf die bundesdeutsche Nachrichtenbühne regionale Geschichten kommen und nicht immer nur dann, wenn irgendetwas Schlimmes passiert, aus der Region berichtet wird. Erinnern Sie sich an die erhitzten Diskussionen, als die neue Programmdirektorin der ARD Christine Strobel ihre Programmreformpläne vorstellte. Der „Weltspiegel“ sollte auf einen anderen Wochentag verlegt werden und andere Sachen. Der Sport sollte verlegt werden. Und was wurde da gesagt: Der Untergang der Information und so weiter. Es gab Unterschriftenlisten, die mich erreichten, als ich noch regulärer ARD-Vorsitzender war. Und was ist daraus geworden? – Ein Riesenerfolg. Wir haben Geld umgeschichtet. Wir haben dafür nicht mehr Geld gebraucht, als wir zugestanden bekommen hatten. Wir schichten das um. Wir haben das Geld für diese Reform gefunden. Der „Weltspiegel“ ist ein Erfolg und läuft besser. Die anderen Sendungen laufen besser. Der Montag ist ein Informationsabend geworden. Wir sind stramm dran mit etlichen Reformen.

Eine Sache muss man wissen: Auch wenn wir noch mehr bündeln, und wir werden noch mehr bündeln, also Synergien schaffen und noch mehr unsere Kräfte bündeln, wird es nie diejenigen befriedigen können, die sagen: Wir wollen, dass der Beitrag nie mehr steigt. – Das ist mathematisch unmöglich. Das sage ich nicht, weil ich für die ARD etwas herauschlagen will, sondern dass sagen die KEF-Vorsitzenden. Jeder KEF-Vorsitzende, den ich gehört habe in Landtagen, in denen ich war, sagt das ins Protokoll: Mathematisch ist das unmöglich. – Wenn man den Beitrag schrumpfen lassen will, bei 10 Prozent Inflation über zwei Jahre hinweg, das sind akkumuliert schon 20 Prozent, wenn Sie den Beitrag nominal lassen wollen wie er ist, dann schrumpfen Sie ihn um 20 Prozent. Wenn man das will und das in aller Ewigkeit will und sagt, sonst findet das keine Mehrheit mehr in einzelnen Landtagen, dann können Sie das nur bewerkstelligen, wenn das Leistungsportfolio geändert wird, und das ist eine politische Aufgabe. Da wäre eine ehrliche Diskussion etwas, wo wir offen sind. Ich bin offen dafür. Ich habe das immer gesagt, seit Jahren. Das ist meine Meinung. Weil Sie danach gefragt hatten, will ich dem auch nicht ausweichen.

Sie haben nach Compliance gefragt. Dazu vielleicht auch noch zwei, drei Sätze. Wer haben uns das natürlich sofort auf die Fahne geschrieben und uns vorgenommen, wir durchkämmen das. Das war die erste Handlung, die ich als abermaliger Interimsvorsitzender unternommen habe. Es gab eine Sondersitzung im August. Wir haben gesagt: Okay, die juristische Kommis-

sion, wo die Justiziarer sitzen, bekommen die Aufgabe, alles zu durchforsten und ihren Abgleich zu machen: Was gibt es für Compliance-Regeln? – und diese Regeln sollen dann vereinheitlicht werden, also in einheitliche Standards, nicht, dass überall exakt das Gleiche steht, aber einheitliche Standards, und zwar international verifizierbare Standards – versprochen und gehalten. Der Abgleich lag im September in der nächsten regulären Sitzung vor. Wir haben in Auftrag gegeben: Macht bitte einen Abgleich. Wie lange braucht ihr dafür? – Sie haben gesagt: Nächste reguläre Sitzung im November. – Im November lag es vor. Wir haben die Vereinheitlichung beschlossen. Wir haben mit unseren Gremien gesprochen. Die Gremien wollen, wir haben eine gemischte Arbeitsgruppe, um die Gremien zu stärken, externe Expertise heranzuziehen. Das heißt also, die Gremien waren schon immer selbstbewusst, die einen mehr, die anderen weniger, aber auch da sind wir unterwegs. Das heißt, wir sind in allen diesen Bereichen unterwegs. Das ZDF hat übrigens, nach meinem Kenntnisstand, das ist aber jetzt nicht meine Baustelle, dasselbe gemacht. Es hat auch seine Bestimmungen durchkämmt und geguckt und mit den Gremien zusammen auf einen neuen Stand gebracht. – Das einmal zusammengefasst, was wir getan haben.

Ich glaube, dass wir sehr aufgeräumt und parallel die inhaltlichen programmatischen Reformen vorangebracht haben und voranbringen. Man sieht es auch, die Mediathek ist heute ganz anders als sie vor zwei Jahren oder vor einem Jahr war. Innerhalb eines Jahres haben sich die Zugriffe um über 60 Prozent gesteigert. Das ist besser, aber der Weg muss noch weiter beschritten werden. Wir wissen, dass wir uns einen großen Teil dieses Geldes durch Umschichtungen selber erwirtschaften und bereitstellen müssen.

Was ist unser Ziel? – Unser Ziel ist, noch besser den Menschen zu dienen, überall. Ich habe die Berliner Wahl, wo das Land jetzt wirklich wichtig ist, dass die Menschen alles erfahren über ihre Stadt, ihr Bundesland, gerade erwähnt. Das gilt aber für überall in Deutschland. Wir wollen das regional verankerte Netzwerk sein, und Netzwerk heißt in diesem Fall auch, dass man nicht nur empfängt als Nutzerinnen und Nutzer, sondern dass man auch Input geben kann, dass wir Dialogfunktionen, Kommentarfunktionen einführen. Das ist unser Ziel. Das ist noch ein Weg. Das sind noch Anstrengungen. Umsonst geht das auch nicht, aber Sie können sicher sein, wir werden so viel wie irgendwie geht durch Umschichtungen erwirtschaften, wie wir das auch in den letzten zwei Jahren wacker getan haben. Ich hoffe, das war nicht zu lang. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Nein, es waren perfekte 20 Minuten, eine Punktlandung. – Ich würde dann Frau Kühnemann-Grunow das Wort geben. Sie hatte sich als Erste gemeldet, nachdem sie den Besprechungspunkt begründet hatte. Danach kommt Herr Dr. King. – Sie haben das Wort Frau Kühnemann-Grunow.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Buhrow, für die Ausführungen! – Ich würde gerne trotzdem noch mal konkret bei einzelnen Punkten nachfragen. Sie hatten in Ihrer Rede Anfang November 2022 verschiedene Ideen zur Neuaufstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks publik gemacht. Da war unter anderem ein Vorschlag, die ARD und das ZDF zu fusionieren. Das hat vielfältige Kritik erzeugt. Ich will nicht verhehlen, dass ich davon auch nicht sonderlich viel halte. Ich glaube, da gehen die Meinungen aber auch hier im Haus auseinander. Mich würde interessieren, ob Sie noch mal erläutern könnten, wie sich die beiden Rundfunkanstalten in Zukunft zueinander verhalten sollten. Wir kennen alle die Situation, wo beispielsweise eine hochrangige Person des engli-

schen Königshauses verstirbt und beide Sendeanstalten flächendeckend minutiös die Bestattung der Queen begleiten. Ob das in Zukunft so sein muss, sei dahingestellt. Das ist natürlich jetzt ein populäres Beispiel. Es gibt aber durchaus schon Dinge, wo sich die beiden auch unterscheiden und das vielleicht auch noch mal herauszuarbeiten.

Dann haben Sie das ganze Thema Digitalisierung angesprochen. Das ist eine Herausforderung. Das ist für alle und auch für eine immer älter werdende Gesellschaft eine Herausforderung, aber für die Rundfunkanstalten natürlich aus besagtem Grund noch mal besonders. Meine Frage zu Beauftragungen: Können Sie die Bedeutung beispielsweise der Unterhaltung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschreiben? Es gehört zum Auftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten, aber wir haben natürlich eine sich verändernde Situation. Wir haben eine unglaubliche Videodichte, alles was mit TikTok zu tun hat und so weiter, wo es unglaublich viele Angebote gibt. Teilweise in Hochgeschwindigkeit werden da Pointen gesetzt. Wir haben auf der anderen Seite die großen Streamingdiensteanbieter wie Netflix und Co. Wie kann sozusagen Unterhaltung im linearen Fernsehen weiterhin produziert und ausgestrahlt werden und weiterhin sein Publikum finden?

Wozu Sie noch gar nichts gesagt haben, das würde mich aber auch interessieren, ist: Gestern war Argentinien gegen Kroatien. Wir sprechen auch immer wieder über die großen Sportwettbewerbe, beispielsweise auch das ganze Thema der Sportrechte, wo wir natürlich als Zuschauer ein berechtigtes Interesse daran haben, Informationen zu erhalten, auf der anderen Seite, da immens viele Gelder im Spiel sind, Überbietungswettbewerbe stattfinden. Ich glaube, wer die ganze WM derzeit sehen will, braucht mehrere Verträge, die er abschließt über Magenta TV, um letztendlich alle Spiele sehen zu können. Was macht da Sinn, wie man das letztendlich auch neu denken kann?

Ich mache jetzt einen ziemlichen Rundumschlag. Es geht für mich ein Stück weit darum: Wir haben in Berlin den RBB als sozusagen auch Medienanstalt, der als Filmförderer auftritt. Wir haben das Medienboard Berlin-Brandenburg, das auch Filmproduktionen unterstützt. Da wäre für mich auch noch mal interessant, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Filmförderer weiter auftreten soll, kann, muss, das hat alles auch etwas mit Unterhaltung zu tun, und wie man letztendlich den Journalismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken kann. Der Journalismus ist unterdrückt. Wir haben es bei den Printmedien immens. Sind aus Ihrer Sicht Kooperationen mit Medienpartnern für investigative Projekte eine Möglichkeit oder eigene Angebote, den Journalismus zu stärken? Das würde mich interessieren.

Ich mache jetzt mal einen Cut mit meiner letzten Frage: Wie bewerten Sie die Arbeitssituation in der ARD, also auch das ganze Thema rund um den Fachkräftemangel? Es ist unglaublich schwer, in Berlin für Filmschaffende beispielsweise Filmteams zu bekommen, weil die weitestgehend alle ausgebucht sind. Da gibt es unglaubliche Vakanzen. Wie sind da die ARD-Erfahrungen auch beispielsweise in puncto Ausbildung? Wenn man sich dann außerdem auch noch Beschäftigungspositionen anguckt und Mitarbeiterverhältnisse, ist es natürlich auch ein Thema, das in Zusammenhang mit dem RBB sehr stark im Fokus stand, nämlich auf der einen Seite die festangestellten Mitarbeitenden in den Sendeanstalten und die, die dann den ganzen Freien oder, wie wir beim RBB gelernt haben, den sogenannten festen Freien gegenüberstehen, wie man vielleicht auch noch mal den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungspositionen erhöhen oder wie man eine größere Sicherheit schaffen kann. Das war jetzt

ein ziemlicher Rundumschlag, aber wir haben ja auch nur Sie als Anzuhörenden. – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Dr. King jetzt das Wort.

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Buhrow, für Ihre Ausführungen! – Ich würde mich zunächst auch auf Ihre Hamburger Rede beziehen. Die haben Sie zwar als Privatmann gehalten, aber sie ist nicht wirklich privat geblieben, sondern war Gegenstand einer großen öffentlichen Debatte und ist natürlich auch von politischem Interesse und hat auch neugierig gemacht. Ich fand interessant, dass sich Ihr Vortrag heute doch sehr stark vom Tenor unterschieden hat von dem, was wir gelesen hat, die Hamburger Rede. Insofern haben Sie heute mehr abgehoben auf bereits Erreichtes und auch ein paar positive Ausblicke gebracht. Ihre Hamburger Rede hingegen war ziemlich düster. Ich darf zitieren:

In zehn Jahren wird Deutschland den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dann nicht mehr wollen oder zumindest nicht mehr finanzieren wollen.

Da haben Sie sehr stark auf – Frau Kühnemann-Grunow hat es schon angesprochen – Zusammenlegungen, Verkürzungen und Verschlankungen abgehoben. Was da ein bisschen gefehlt hat, war, ein positives Bild eines attraktiven Rundfunks darzustellen. Heute ist ein bisschen was davon durchgekommen, aber vielleicht können Sie das noch ein bisschen weiter in die Richtung entwickeln, denn ich glaube, das Interesse der Bürger – Sie haben gesagt, Sie wollen den Menschen dienen. Das ist auch genau die richtige Einstellung, denn die Menschen bezahlen schließlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Was wollen Sie denen positiv für die Zukunft vorstellen und nicht nur: Wo soll gekürzt, zusammengelegt und zusammengestrichen werden? Zu dem positiven Bild, das man entwickeln kann, gehört auch, wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk unsere sich verändernde Gesellschaft besser abgebildet werden kann, Stichwort Einwanderungsgesellschaft. Wo kommt das vor? Gibt es da bestimmte Ziele? Ich glaube, da ist man teilweise noch ein bisschen hinterher, übrigens auch bei der Barrierefreiheit, Inklusion. Wir hatten hier zwar den Änderungsstaatsvertrag in diesem Jahr schon beschlossen, aber ich fand, er war reichlich unambitioniert und unverbindlich in vielen Teilen. Da würde mich interessieren, wie weit die ARD da geht, was es da für einheitliche Standards gibt, zum Beispiel im Hinblick auf Gebärdensprache und Ähnliches.

Grundsätzlich würde mich interessieren: Sie hatten in Ihrer Hamburger Rede auch gesagt, dass es hier um Grundsätzliches geht, aber Grundsätzliches bricht sich auch immer herunter ins Konkrete. Mir ist eigentlich nicht so klar gewesen, ob Sie aus diesen Grundsätzen heraus auch konkrete Formen und Vorstellungen weiter entwickeln oder ob es Ihnen mehr darum ging, einen Stein ins Wasser zu werfen in Hamburg.

Dann insbesondere Folgendes: Sie haben gerade die regionale Vielfalt als eine Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesprochen, regionale Verankerung. Das hat auch viel mit der Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch das Publikum zu tun. So sehe ich das jedenfalls. Gleichzeitig haben Sie aber auch in Hamburg vorgeschlagen oder infrage gestellt, Sie haben eigentlich weniger Vorschläge gemacht als Fragen aufgeworfen, ob man denn die Regionalprogramme als Vollprogramme überhaupt noch braucht und wie man die zusammenlegen kann. Das ist eigentlich ein Widerspruch, jedenfalls aufs erste Hören hin.

Vielleicht können Sie das auflösen, denn ich bin auch der Meinung, dass die regionale Verankerung die entscheidende Stärke ist und das, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Bürgern anbietet. Ich glaube, wenn man da abbaut und zurückbaut und reduziert und zusammenlegt, kommt man im schlimmsten Fall eher in eine Abwärtsspirale und verringert die Akzeptanz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Was ich gut finde, ist, dass Sie auch den Stellenwert der Unterhaltung genannt haben, denn wir haben ja hier zumindest eine Fraktion, die die Unterhaltung aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk lieber verbannen würde. Das ist aber aus meiner Sicht eher ein elitärer Ansatz, denn ich bin schon der Meinung, dass die Unterhaltung auch Teil eines Versorgungsanspruchs sein sollte, und ich verstehe Sie so, dass Sie das auch so sehen.

Sie hatten ja auch Berlin angesprochen, also Einsparfragen. Meine Sorge ist: Wenn wir jetzt anfangen, am Programm zu kürzen, dann heißt das ja automatisch, auch an den Mitarbeitern, also die freien Mitarbeiter stehen dann ja auch zur Disposition. Ich habe die Befürchtung, dass wir dann wirklich in so eine Abwärtsspirale kommen, wo dann eben auch Qualitäten und Quoten zum Schluss darunter leiden und eigentlich insgesamt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eher geschwächt wird. Sie haben sicher wahrgenommen, dass Ihre Thesen oder die Fragen, die Sie gestellt haben, deswegen gerade auch in den Belegschaften des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eher mit Stirnrunzeln oder auch mit Sorge aufgenommen wurden. Deswegen würde mich interessieren, welche Vorstellungen Sie haben, die Belegschaften auch wirklich mitzunehmen in diesem ganzen Prozess von Reformen, und wie weit man da gehen sollte, um die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Belegschaften im Hinblick zum Beispiel auf Personalentscheidungen, auch an der Spitze, zu stärken.

Ein sehr interessanter Punkt in Ihrer Rede, den ich auch nicht schlecht fand, war der Runde Tisch. Das haben Sie heute nicht mehr angesprochen, und es ist auch noch nicht sehr oft aufgegriffen worden. Ich fand es insofern interessant, weil es natürlich – den Menschen dienen – letztlich darum geht, die Bürger, Zuschauer, Zuhörer, Beitragszahler auch zu fragen, wie sie sich eigentlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorstellen, und so habe ich auch Ihren Vorschlag des Runden Tisches verstanden. Ich stelle mir allerdings eher vor, dass man wahrscheinlich viele Runde Tische bräuchte, also dezentral überall. Ich finde es eine interessante Idee. Sie haben jetzt gesagt, Sie fänden es gut, wenn man auch Input von der Bevölkerung aufnimmt in die Sender hinein. Vielleicht können Sie noch ein bisschen entwickeln, wie Sie sich das vorstellen. Es gibt ja auch zum Beispiel Vorschläge, Zuschauer-, Zuhörerräte einzurichten und all so was, aber insbesondere interessiert mich erst mal der Runde Tisch. Sie haben ja sogar von der verfassungsgebenden Versammlung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesprochen. Das ist ja alles interessant, aber ist das jetzt nur so eine Parole gewesen, oder wo soll das jetzt konkret eingebaut werden in den Reformprozess, an welcher Stelle, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form? Mich würde interessieren, ob Sie da wirklich konkrete Vorstellungen haben oder nur mal so einen Impuls setzen wollten.

Ansonsten würde mich noch ein bisschen allgemeiner interessieren: Sie sprechen ja auch von maximaler Transparenz. Was heißt das? Bis wohin soll das gehen? Vorhin sind die Großveranstaltungen, die ganzen Kosten, die damit zusammenhängen, auch Talkshowformate und so angesprochen worden. Ist das damit auch gemeint?

Schließlich noch mal kurz zu dem – ich weiß nicht, ob man es so sagen kann – Konflikt. Wir hatten ja jetzt so ein bisschen Hin und Her, ein Pingpong zwischen den Ländern und den Sendern, wer jetzt am schnellsten mit Compliance und Transparenz und so weiter ist. Im Oktober hieß es noch, die Politik kann sich da ein bisschen zurückziehen und auf das warten, was die Sender bringen. Die ARD hat dann – Sie haben es dargestellt –, Compliancestandards festgestellt, aber offensichtlich hat das jetzt den Sendern nicht gereicht. Die Rundfunkkommission hat letzte Woche eigene Punkte auch im Hinblick auf Transparenz und Offenlegung von Ge-

hältern und so weiter festgelegt, was in den neuen Änderungsstaatsvertrag wahrscheinlich einfließen wird. Wie haben Sie das aufgenommen? Ist das ein Ausdruck von Misstrauen der Politik gegenüber dem Sender? Haben Sie das so aufgefasst, dass die Politik Ihnen vielleicht nicht zutraut, da die entscheidenden Reformen anzugehen? Was erwidern Sie da?

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Dr. King! Sind Sie am Ende?

Dr. Alexander King (LINKE): Völlig am Ende, fix und fertig!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich würde Sie alle, die Sie sich jetzt im Anschluss noch melden, bitten, ein bisschen auf die Zeit zu achten – ohne Sie jetzt weiter einschränken zu wollen –, wenn wir noch eine zweite Runde machen wollen. Wenn die nicht nötig ist, dann schauen wir einfach in dieser Runde, denn mit Herrn Gläser würde ich jetzt diese Runde auch abschließen. Dann haben sich alle Fraktionen einmal zu Wort gemeldet. Dann kann Herr Buhrow – zwei Seiten mit Fragen hat er bestimmt schon – die nächsten vier vorbereiten. Alles klar! – Dann kommt Herr Goiny.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank auch von unserer Seite für Ihre Ausführungen! Ich glaube, es gibt eine Reihe von Punkten, die intensiver Diskussion und vor allem auch Maßnahmen bedürfen. Ich mache es mal stichpunktartig, um die Vorgaben der Vorsitzenden auch zu berücksichtigen.

Der erste große Punkt, der auch Auslöser der Debatte hier beim RBB war, ist das ganze Thema Transparenz, Kontrolle, Rechte und Kompetenzen der Gremien. Darauf muss, glaube ich, insgesamt in der ARD auch vonseiten der Intendanten mehr Wert gelegt werden. Wir haben jetzt beim RBB eine umfangreiche Liste von Maßnahmen, und ich glaube, da muss man auch proaktiv die Dinge umsetzen und nicht warten, bis tatsächlich irgendwas hochkocht. Das war ja in der Vergangenheit immer, wenn man bestimmte Dinge abgefragt hat in den Gremien, teilweise wie eine Majestätsbeleidigung, wenn man bestimmte Informationen haben wollte. Wir haben ja auch mitbekommen, dass die Verwaltungsräte oftmals über viele Sachen nicht informiert und beim RBB sogar teilweise auf Weisung von den Mitarbeitern falsch informiert worden sind. Also ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt.

Thema Digitalisierung – Sie hatten es auch angesprochen –: Ich erinnere mich noch gut an Diskussionen, die wir mit den privaten Rundfunkanbietern darüber hatten, ob überhaupt die öffentlich-rechtlichen in der digitalen Welt und im Internet Programme machen dürfen. Das wirkt ja heute schon fast ein bisschen antiquiert. Natürlich wird das in den nächsten Jahren durchgreifende Veränderungen der Medienlandschaft auch im Nutzerverhalten nach sich ziehen. Allein, was ich ein bisschen vermisse ist, dass man aufseiten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hinsichtlich der Programm-, Sender- und Angebotsstruktur sowohl beim Fernsehen als auch beim Hörfunk irgendwo mal das Gefühl hat, dass da auch Konsequenzen gezogen werden, wahrscheinlich auch gezogen werden müssen, nicht nur wegen der digitalen Veränderung und der Veränderung des Publikumsverhaltens, sondern auch – Sie haben es ja angesprochen – wegen der Kostensituation. Also man will im Digitalen präsent sein, sieht aber keinen Veränderungsbedarf bei den linearen Programmen – sage ich mal so ein bisschen provokant auf den Punkt. Ich glaube, das wird man am Ende nicht durchhalten können.

Dann ist natürlich ein Teil der Diskussion, die jetzt hochkommt, die Frage: Es gibt ja doch einen wachsenden Teil der Bevölkerung, der rummäkelt am Programm, an der Art und Weise, wie über bestimmte Dinge berichtet wird, an dem, was berichtet wird. Nun ist es natürlich sicherlich so: Es gibt immer jemanden, dem irgendwas nicht gefällt, und ein Programm, das allen gefällt, wird man auch nicht machen können. Gleichwohl finde ich, diese inhaltliche Diskussion muss man auch mal konkreter führen. Das wird immer zu sehr als Schlagwort geführt und zu wenig als Inhalt. Dazu kommt ein Thema, das mich mit Sorge umtreibt: Qualifikation und Qualität von Journalisten. Wir merken auch hier in der praktischen Parlamentsarbeit immer häufiger, dass wir mit Journalistinnen und Journalisten zu tun haben, die einfach selber wenig politische, gesellschaftliche oder sonstige Bildung und Ahnung von den Themen haben. Ich empfinde es oft so, dass man denen erst mal ein Stück politische Nachhilfestunde gibt, schon allein in der Frage, wie unser Land organisiert ist, was ein Parlament ist, was eine Regierung ist, wie Haushaltsberatungen ablaufen und viele dieser praktischen Dinge. Da reicht eine Journalistenausbildung am Beginn oftmals nicht aus.

Wir müssen irgendwie dazu kommen, dass wir begleitende Qualifikationen und Fortbildungen haben, weil gerade beim Thema Pressefreiheit – ich habe neulich bei einer Veranstaltung des Human Rights Filmfestivals mit dem Bruder von Julian Assange an einer Podiumsdiskussion teilgenommen – der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine ganz wichtige Säule ist. In vielen Ländern der Welt wird darauf geguckt, wie wir hier freie Presse leben, pflegen und stärken. Das ist ja auch eine internationale Aufgabe, weil natürlich auch viele Menschen aus anderen Ländern die Nachrichten aus Deutschland, gerade des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, verfolgen. Gucken wir uns nur an, was momentan in der Ukraine oder im Iran passiert! Da ist eine gute journalistische Berichterstattung wichtig, auch von unserer Seite.

Dann das Thema Personal: Ich glaube, da muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk – und das muss auch von den Leitungen ausgehen – – Das Thema Gehälter der Intendanten ist etwas, was die Menschen umtreibt. Jetzt kann man immer sagen: Ich bin der Letzte, der Neidkomplexe hat und das irgendjemandem nicht gönnt. –, aber das ganze Thema muss sich natürlich einfügen in die Diskussion von Sparmaßnahmen und Umstrukturierung. Ich glaube, da muss man noch mal ran. Wir haben beim RBB in teilweise nicht nachzuvollziehendem Ausmaß Zulagen, Boni, Ruhegehälter und alles Mögliche, was da gezahlt wird. Auch hier muss es vonseiten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mal klare Verabredungen geben, was es da gibt und vor allem, was es nicht gibt. Es geht auch um die Situation der Freien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die ja wichtige Teile des Programms sind, sich aber offensichtlich ein bisschen ausgebeutet fühlen, was man teilweise ja auch nachvollziehen kann.

Zum Thema Programm: Mir fällt immer auf, insbesondere wenn ich verreist bin und in Hotelzimmern andere Nachrichtenkanäle gucke, dass teilweise, wenn man andere Sender auf der Welt guckt, was ganz anderes passiert als das, was bei uns in den Nachrichten läuft. Das finde ich schon ganz interessant, auch die Frage, ob man nur einen deutschen Blick auf das Weltgeschehen hat oder ob nicht vielleicht der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch noch mal aus einer etwas anderen Perspektive Berichterstattung machen muss: Was passiert in Afrika, Asien, Südamerika? – Das kommt ja wirklich nur am Rande vor, wenn ein schlimmes Unglück passiert ist, ein Krieg ausgebrochen ist oder irgendein Attentat stattgefunden hat. Das Gefühl dafür, wie Dinge in der Welt passieren – da gibt es nur noch ganz wenige Formate im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ich halte das aber auch in einer globalisierten Welt für einen ganz wichtigen Punkt inklusive der Tatsache, dass, wenn irgendwas passiert, eine Woche lang je-

den Tag alle Sender darüber berichten und nach der zweiten Woche das Problem dann quasi gelöst und das Thema weg und die Katastrophe überwunden ist, und dann hört man ganz wenig davon. Einzige Ausnahme in letzter Zeit war die Hochwasserkatastrophe an der Ahr, wo ja auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk mal im Nachklapp berichtet hat. Also diese Nachhaltigkeit von Berichterstattung, die Leute auch mitzunehmen in der Entwicklung von Dingen unserer Zeitgeschichte, kommt auch zu wenig vor, finde ich. Das Thema Doppelberichterstattung ist schon erwähnt worden.

Einen letzten Punkt will ich noch ansprechen, weil der auch für viele sehr intransparent ist, ohne dass ich da jetzt irgendwas unterstellen will. Wir haben ja bestimmte Sendungsformate auch bei den öffentlich-rechtlichen, die quasi Produktionsgesellschaften übertragen oder dort hin ausgelagert worden sind, also Talkshows oder Unterhaltungssendungen. Auch da ist natürlich die Frage: Wie sind da die Vertragsgestaltungen? Wer verdient da wie viel? Wie hoch ist der Einsatz von Rundfunkgebühren an der Stelle? – Ich will das gar nicht abschaffen, sondern nur sagen, auch hier schafft man mehr Transparenz, und die Leute fühlen sich ein bisschen besser informiert, wenn man auch mal deutlich macht: Für dieses Sendungsformat geben wir folgende Beträge aus, weil wir mit der und der Produktionsgesellschaft entsprechende Verabredungen haben. – Das ist alles, wenn man das wissen will, auch als Gremienmitglied relativ mühselig zu recherchieren und bisher ja auch ein Stück weit ein Tabuthema gewesen. Deswegen glaube ich: Auch im Vergleich zu dem, was private Rundfunkanstalten im Unterhaltungs-, Nachrichten- und Dokubereich liefern, muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht verstecken. Man muss ein bisschen deutlicher zeigen, was man leistet, was man macht, was man anbietet und was es am Ende auch kostet.

Aus Berliner Sicht – weil Sie auch den Beitrag der Öffentlich-Rechtlichen zu Coronazeiten erwähnt haben – will ich Ihnen an der Stelle nur recht geben: Dieses „United We Stream“, diese Initiative aus der Clubkultur heraus, war eine Initiative aus Berlin während der Pandemie. Wir haben es sehr gut gefunden, dass das in Zusammenarbeit mit Arte eine tolle Erfolgsgeschichte und Unterstützung der Clubszene gewesen ist und man hier eine sehr gute Idee hatte, um junges Publikum zu erreichen in Zeiten, in denen es natürlich dafür auch empfänglich war. Vielleicht ist es auch eine Idee, die man bei der ARD nicht völlig in Vergessenheit geraten lassen sollte. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Förster das Wort.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Buhrow, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und mit uns hier in den Austausch treten und diskutieren. Es sind schon eine Vielzahl von Fragen gestellt und eine Reihe von Anmerkungen gemacht worden, die ich so unterstreichen kann. Ich will es splitten. Vielleicht ist das Thema der Hamburger Rede noch etwas für die kleine zweite Runde, aber ich will am Anfang noch mal kurz auf den Medienänderungsstaatsvertrag eingehen, der ja auch Grundlage der Debatte ist. Staatssekretär Fischer hat schon darauf hingewiesen, dass wir ihn sicherlich im Januar relativ zügig ins Verfahren zurückgeben sollten, weil wir a) nichts mehr daran ändern können im Konzert der 16 Bundesländer und b) mit dem Klammerbeutel gepudert wären, wenn wir das nicht beschließen, weil wir dann ja den alten Staatsvertrag bestehen lassen würden, der eigentlich unzureichend ist. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Es kann am Ende immer nur ein größerer Wurf notwendig sein. Ich bin auch der Meinung, dass man viele Dinge, Compliancefragen, Anpassung der föderalen Strukturen an die Realitäten, Digitalisierungsfragen und so weiter relativ bald in

einem Vierten Medienänderungsstaatsvertrag hinterherschoben muss, das ist Aufgabe der Politik, aber es spricht ja nichts dagegen – Sie hatten es auch schon gesagt, Herr Buhrow –, den dritten jetzt auch entsprechend passieren zu lassen, weil er allemal eine Verbesserung in vielen Bereichen darstellt, möglicherweise noch nicht in allen Ebenen vollumfänglich, aber auf jeden Fall eine Verbesserung. Deswegen sollte man das an der Stelle auch tun.

Ich hätte, was den Staatsvertrag betrifft – Sie hatten es auch schon angedeutet – nach der gestrigen Sitzung doch noch eine Frage, insbesondere was die Flexibilisierung des Auftrags und damit auch die Zahl der linear verbreiteten Sender betrifft. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass zeitgemäß und auch notwendig sein kann, die Angebote ins Digitale zu verlagern und dass am Ende die Kosten im Digitalen nicht geringer sind, denn umso mehr Leute einen Stream gucken, umso teurer werden die entsprechenden Kapazitäten, die ich bereithalten muss. Vollkommen klar! Es ist nicht unbedingt eine Sparmaßnahme, sondern möglicherweise eine Anpassung an veränderte Zuschauergewohnheiten. Wenn man aber dann sagt, es soll ARD und ZDF und aufgrund der Staatsverträge mit Österreich und der Schweiz 3SAT beziehungsweise aufgrund des Staatsvertrags mit Frankreich auch Arte verpflichtend geben und alles andere ist ein freiwilliges Angebot – Klammer auf, ich hätte ich mir zumindest beim Kinderkanal vorstellen können, dass er auch noch verpflichtend wird, Klammer zu, aber das ist vielleicht eine Nebendiskussion –, dann muss man bei den weiteren Sendern zumindest der ARD – weil wir heute über die ARD diskutieren, beim ZDF gilt es genauso – fragen: Brauche ich diese beiden, die etabliert worden sind, dann auch eins zu eins noch im digitalen Bereich? Wenn ich wirklich einsparen will – wir hatten ja gerade gesagt, dass die Verlagerung ins Digitale zu wenig ist –, brauche ich dann so ein Angebot wie One, was im Prinzip das Abspielen von Serien ist, die die ARD hat? Das kann ich gern in der ARD Mediathek anbieten, da ist es ja auch drin. Aber muss ich das noch mal als eigenen digitalen Stream anbieten, der ins Digitale wechselt, wo er auch weiter erhalten bleibt als eigener Kanal? – Da würde ich ein Fragezeichen setzen. Braucht man ARD alpha noch, die im weitesten Sinn Telecollege, Bildungssachen, Wiederholungen ausstrahlen, die man entweder in den dritten Programmen findet oder auch in die Mediathek packen kann? Braucht man das noch als eigenen Kanal?

Die Frage des Nachrichtenangebots: Tagesschau24, ZDFinfo, Phoenix. Das war immer eine Berliner Forderung, das hat schon der Vor-Vorgänger von Herrn Fischer, Björn Böhning, der mittlerweile nach einem Ausflug in die Politik wieder in der Filmbranche heimisch geworden und als Chef der Produzentenallianz quasi wieder zu den alten Wurzeln zurückgekehrt ist, damals schon hier in diesem Hause gefordert, dass man, auch wenn man einen öffentlich-rechtlichen Nachrichtenkanal will – und ich persönlich wäre dem gar nicht abgeneigt –, dann aber bitte ARD und ZDF gemeinsam und unter Nutzung der Ressourcen von Tagesschau24, ZDFinfo und Phoenix, damit man da eben auch Ressourcen bündelt. Deswegen die Frage: Ist damit zu rechnen, dass gegebenenfalls auch mal Angebote wegfallen, die man nicht mehr eins zu eins vom linearen Fernsehen ins digitale Angebot verlagern muss, weil zum Beispiel die Beiträge oder Sendungen größtenteils auch in den Mediatheken ohnehin abrufbar sind? – Das ist sicherlich eine Frage, die dann auch für die Akzeptanz dieser Reform notwendig ist.

Sie haben – auch da will ich Ihnen durchaus recht geben, deswegen fand ich die Hamburger Rede auch gut – der Politik auch einige Dinge ins Stammbuch geschrieben. Viele der Versäumnisse sind ja nicht nur auf Senderseite passiert, sondern auch in der Politik. Sie haben so schön darauf hingewiesen, dass gerade die Medienpolitiker in den Staatskanzleien genau zwei Sender lieben, einmal das ZDF, weil sie jeweils einen Vertreter dahin entsenden, und das an-

dere ist die eigene Rundfunkanstalt, die man protektionistisch schützt, und am Ende sagen dann die Leute in Magdeburg: Dann spart doch den Saarländischen Rundfunk ein, bei uns im MDR wollen wir nichts wegnehmen! – Das ist ja die Diskussion, die Sie vollkommen zutreffend wiedergegeben haben. Das ist natürlich auch eine Diskussion, wo wir am Ende nicht weiterkommen, weil am Ende das Saarland natürlich selber im Landtag entscheiden muss und Bremen genauso, ob sie Radio Bremen oder den Saarländischen Rundfunk wollen.

Wenn Sie das aber wollen – ich würde die Frage an Sie stellen, ob das für Sie ein Diskussionspunkt wäre –, dann muss man künftig vielleicht auch über einen regional unterschiedlichen Rundfunkbeitrag nachdenken, indem man sagt, wir haben ein Grundangebot, das von der KEV festgelegt wird, das sind dann die Gemeinschaftseinrichtungen der ARD, die auch abgebildet werden, und wenn Bremen oder das Saarland etwas haben wollen, wird das auf Dauer bei stetig steigenden Kosten nicht allein über den ARD-internen Finanzausgleich zu leisten sein, denn ich kann in Berlin und Brandenburg niemandem vermitteln, wenn der RBB finanziell schon in eine Schieflage geraten ist – der Hessische Rundfunk genauso, sogar noch mehr –, dass am Ende über den ARD-internen Finanzausgleich noch Gelder nach Bremen oder ins Saarland gehen, weil die dort ihre Einrichtungen erhalten wollen. Das wäre dann also die Frage: Müsste man möglicherweise dann auch mit regional gestaffelten Beiträgen arbeiten, was diese Zusatzangebote betrifft, beziehungsweise wenn Radio Bremen sagt: Wir wollen einen eigenen Sender haben, weiterhin mit fünf Radioprogrammen und einem nicht unerheblich teuren Fernsehangebot im Rahmen einer Kooperation mit dem NDR zwar, aber trotzdem, beim Saarländischen Rundfunk, dasselbe im Vergleich mit dem SWR. Braucht man das dann? Kann man an der Stelle weiterkommen?

Das Thema Journalistenausbildung, das sehr wichtig ist, hat der Kollege Goiny schon wunderbar angesprochen. Es wäre die Frage: Was will die ARD tun, um die Qualifizierung des journalistischen Nachwuchses voranzubringen? Ich glaube, es sind Erfahrungen, die wir alle gemacht haben, dass gerade das Grundverständnis, auch dass man Meinung und Kommentar und Berichterstattung voneinander zu trennen hat, leider bei vielen Zeitungen, aber auch im Rundfunk, leider auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, nicht mehr überall vorhanden ist, dass man auch die persönliche Meinung mal von der Berichterstattung über Tatsachen und Ereignisse entkoppeln sollte. Das Thema Journalistenausbildung, Journalistenschulen ist ein wichtiges Thema für die Zukunft, um weiterhin qualifiziertes Personal zu haben. Wie sehen Sie das in dieser Angelegenheit?

Dann würde ich noch, weil Sie es auch in Ihrer Rede angesprochen haben, die Frage stellen: Wie viel Kulturförderer muss eigentlich die ARD sein? Ist das nicht Aufgabe der Länder? Sie haben das Thema Rundfunkorchester angesprochen: Die Kultur ist immer eine Lobbygruppe, mit der sich niemand anlegt. Sie haben es so schön formuliert: Dann wird man als Kulturbanause oder Kulturvernichter dargestellt. Dann kommt der Kulturrat und wer nicht alles. – Unser früherer Bildungs- und Sportsenator Klaus Böger, lange auch Präsident des Landessportbundes, hat den schönen Satz geprägt: Kultur ist die Raupe Nimmersatt, weil sie alles wegfrisst und sich niemand traut, sich mit der Kultur anzulegen. – Das ist natürlich eine Feststellung, die man erst mal so treffen kann, auch gemessen daran, wie viel Geld zum Beispiel in den Sport geht und wie viel in die Kultur gesteckt wird. Das kann man ja mal nebeneinander legen. Deswegen auch die Frage: Wo sehen die Zukunft der Chöre, der vielen Rundfunkorchester? Sie hatten in Ihrer Hamburger Rede ob der schieren Anzahl dieser Einrichtungen, die da nebeneinander sind und sich teilweise gegenseitig Konkurrenz machen, die Frage gestellt:

Muss sich dann die Politik, wenn sie das haben will, nicht auch dazu bekennen, es über Landeshaushalte zu finanzieren und Prioritäten zu setzen? Kann das also auf Dauer die Aufgabe der ARD sein, insbesondere Kulturförderung zu betreiben, was ja gar nicht ihre Kernaufgabe ist, jedenfalls nicht in dieser Anzahl und Vielfalt?

Eine letzte Frage, die ich gern noch anschließen würde, weil Sie auch selbst erfahrener Journalist sind, lange auch Moderator der „Tagesthemen“ waren und natürlich auch den Blick über den Tellerrand von Deutschland in andere europäische Länder haben, einmal was den Journalismus da betrifft, aber zum anderen auch die öffentlich-rechtlichen Angebote, die zum Teil ja kaum noch staatsfern organisiert sind – nehmen wir Polen, nehmen wir Ungarn, nehmen wir Italien, wo es ja ziemlich problematisch ist –, die aber zum Teil auch gut funktionieren, aber auch unter Druck geraten. Die BBC sei genannt, aber auch das öffentlich-rechtliche Angebot in Frankreich. Wie schätzen Sie die Situation im europäischen Ausland ein? Kippt die Zusammenarbeit innerhalb der EBU, der European Broadcast Union, wo ja mit anderen Partnern die öffentlich-rechtlichen Sender in Europa tätig sind, im Hinblick auf Reformbemühungen und das Standing des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa? Wie schätzen Sie das insgesamt ein? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Frau Ahmadi das Wort.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe gelernt, wenn Abgeordnete sagen: Ich halte es kurz. –, dann werden es mindestens zehn Minuten. Aber das ist auch gut, ich versuche, es wirklich kurz zu halten. Vielen Dank erst mal, dass Sie hier sind, und auch für die Ausführungen! Dass ich ein Fan des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und vor allem, was Journalismus angeht, der festen Überzeugung bin, dass öffentlich-rechtlicher Rundfunk auch Qualitätsmaßstäbe für alle anderen Medien und Journalisten setzt, ist hier im Haus kein Geheimnis. Ich habe drei konkrete Fragen. Zum einen: Sie haben von dem Übergang vom Linearen ins Digitale gesprochen. Ich würde gern wissen, was da die konkreten Schritte sind, außer dass die Landesanstalten mit ins Boot geholt werden und sich ein Konzept überlegen sollen. Wenn ich mir das Digitale anschau, würde ich mir zum Beispiel bei der ARD wünschen, dass die Mediathek und die Webseite etwas nutzerfreundlicher werden. Das sind die ersten Schritte, die aber im Jahr 2022 schon mindestens 15 Jahre hinterherhinken. Da würde ich mir wünschen, dass das geändert wird.

Was die Qualitätsmaßstäbe angeht, haben wir in der Coronakrise gesehen – das haben Sie vorhin auch erwähnt –, welchen Demokratie- und Bildungsauftrag der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat und wie gewissenhaft er dem auch nachkommt. Ich würde gern wissen – 2015 oder 2016 wurde ja „WDRforyou“ als mehrsprachige Sendung eingeführt –, ob, auch was den Demokratieauftrag angeht, Pläne bestehen, dass man mehr mehrsprachige Sendungen und Programme anbietet und dann nicht nur auf Arabisch oder Farsi, wie es damals war, sondern eventuell sogar auf Russisch und anderen Sprachen, die in Deutschland auch gesprochen werden – je nach Bedarf natürlich.

Wir haben auch über andere Perspektiven gesprochen. Der Kollege Goiny hat darauf hingewiesen, dass es manchmal ganz gut funktioniert, dass zum Beispiel über den Angriffskrieg auf die Ukraine sofort berichtet wird und alle Journalisten, aber auch alle Sendungen sofort darauf konzentriert sind, da Informationen zu bekommen. Es gibt aber auch weniger erfolgreiche Beispiele aus den letzten drei Monaten, zum Beispiel, was die Revolution im Iran an-

geht. Da hat es zwei bis drei Wochen gedauert, bis die Öffentlich-Rechtlichen wirklich intensiv berichtet und das, was dort passiert, auch ernst genommen haben. Ich denke, das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass man noch nicht aktuelle, zeitgemäße Verifizierungen und Quellen angepasst hat. Während aus der Ukraine sofort offizielle Agenturnachrichten kamen, musste man sich im Iran entweder auf die Propaganda des Regimes verlassen oder Videos, die von den Menschen kamen, verifizieren. Haben Sie Pläne, die Quellenprüfung an das Jahr 2022 anzupassen?

Eine andere Frage habe ich noch – und dann bin ich auch durch, und dann bin ich auch gar nicht bei den zehn Minuten –, und zwar: Es gibt viele Veränderungen. Wir haben uns auch wirklich nach vorne bewegt, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht, sind aber noch nicht da, wo die gesellschaftliche Realität sowohl im Programm als auch in der Belegschaft abgebildet wird, ob es Jüngere oder Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten angeht. Bestehen weitere Pläne, also sowohl Angebote für Zuschauerinnen als auch hinsichtlich der Belegschaft? – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Ahmadi! – Herr Gläser!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Buhrow, für Ihren Vortrag, dem ich leider nicht in Gänze folgen konnte. Aber ich möchte mich auch noch mal ganz besonders bedanken für die Übersee-Rede, die Sie kürzlich gehalten haben. Ich hoffe, das ist der Anstoß für eine große Reformdebatte, die wir in Deutschland dringend brauchen, weil wir einen schlanken und ausgewogen berichtserstattenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben wollen. Wir würden uns freuen, wenn es diese Debatte, die Sie da angestoßen haben, wirklich gibt. Meine Fraktion würde sich daran gern beteiligen. Ich hoffe, Sie haben noch Platz für fünf Fragen auf Ihrem Zettel.

Zunächst war in der vergangenen Woche die Konferenz der Ministerpräsidenten, und dann hieß es, dass im Medienstaatsvertrag jetzt Regeln für mehr Transparenz festgelegt werden sollen. Da würde ich gern einfach wissen, was Sie davon halten. Dann hätte ich gern gewusst, ob Sie glauben, dass die Rundfunkkommission überhaupt in der Lage ist, einen solchen Reformprozess, wie Sie ihn skizziert haben, zu initiieren, ob die das machen werden, wie realistisch das ist und ob Sie selber bereit wären, dann an so einem Runden Tisch auch mitzuarbeiten. Dann würde ich gern wissen, ob wir im Zuge einer solchen Reform nicht die Rolle der Mainzer Staatskanzlei überdenken müssten, die eine sehr dominierende Position hat, und ob es nicht möglicherweise Teil des Problems ist, dass sich in einem Bundesland so viel Macht in der Medienpolitik in Deutschland konzentriert. – Das waren die einfachen Fragen.

Dann hätte ich gern gewusst, wie wir mehr Akzeptanz für ARD, ZDF und die ganzen anderen Sender gewinnen können. Wir haben gerade von Herrn Goiny gehört, dass er manchmal in anderen Ländern den Fernseher oder andere Sender einschaltet und da ganz andere Dinge sieht als in seinem Sender und dass es eine ganz andere Weltanschauung ist, die ihm da plötzlich präsentiert wird. Er hat gesagt, wir sehen nicht genug, was in Südafrika oder in Afrika oder in Südamerika ist. Ich kenne ganz viele Leute, die haben hier im Inland das Gefühl, wenn sie ARD und ZDF einschalten, dass das nicht mehr ihr Leben und ihre Welt ist. Es ist ja so: Sie haben ja das Problem, dass Ihnen ein Teil des Publikums abhandenkommt. Da sind die jungen Leute. Da sagen Sie: Okay, wir machen Funk, wir müssen ein Programm für junge Leute machen. – Habe ich verstanden. Dann sagen Sie: Wir bilden in unseren Redaktionen

nicht mehr die gesellschaftliche Realität ab, deswegen müssen wir diverser werden, wir brauchen mehr Ausländer, mehr Frauen und, und, und. – Habe ich verstanden. Aber was ist jetzt mit den Zuschauern, die sich aufgrund ihrer christlichen oder freiheitlichen oder konservativen Weltanschauung nicht mehr repräsentiert fühlen durch das öffentlich-rechtliche Fernsehen? Was tun Sie für die? Wo ist das Angebot, damit auch die sagen können: Ja, das ist mein öffentlich-rechtlicher Rundfunk.? – Dann haben Sie eben gesagt, eine Verlagerung eines Senders ins Internet ist nicht automatisch eine große Sparaktion. Vielleicht können Sie uns verraten, was eine große Sparaktion wäre. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – So, Herr Buhrow, ich hoffe, die Blätter haben gereicht.

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender und Intendant des WDR): Die Blätter schon, die Zeit? – Müssen wir mal gucken jetzt!

Vorsitzende Derya Çağlar: Ich glaube, die Zeit haben Sie schon noch. Bis 12.30 Uhr können wir hier locker sitzen, und dann können wir noch mal schauen, ob wir ein bisschen überziehen können. Wir peilen mal 12.30 Uhr an. In diesem Sinne – Sie haben jetzt das Wort, bitte schön!

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender und Intendant des WDR): Herzlichen Dank! – Ich danke allen für die auch durchaus kritischen und diversen Diskussionsbeiträge und Fragen an mich. Ich versuche, das jetzt mal thematisch zu beantworten. Ob ich jetzt von Zettel zu Zettel komme? – Sonst geht es dann eben vielleicht Fragesteller für Fragesteller.

Ich muss eine Sache leider sagen, und zwar ist gesagt worden, 9.30 Uhr bis 11 Uhr. Ich kann etwas länger. Das ist so bei uns eingetragen worden. Ich kann länger, aber ich kann unmöglich bis 12.30 Uhr. Wir haben um 12 Uhr einen wichtigen Termin, einen Medientermin. Ich brauche eine Zeit, bis ich dort bin. Das heißt, um 11.30 Uhr muss ich aus der Tür, weil ich als ARD-Vorsitzender mit Verlegern und ARD-Kollegen Verhandlungen, einen Austausch führen muss. Das kann ich Ihnen ganz offen sagen. Sie sind auch daran interessiert, dass wir einen konstruktiven Dialog mit der ebenfalls von der Digitalisierung, man kann fast sagen, betroffen sowieso, aber vielleicht in manchen Teilen bedrohten oder herausgeforderten freien Presse haben. – Das nur als Erläuterung. Es ist nicht so, dass ich mich drücken will.

Ich werde jetzt versuchen, den Sachen nachzugehen und gucke, ob ich das thematisch hinbekomme und gehe mal ganz an den Anfang. Frau Kühnemann! Sie haben gesagt: ARD und ZDF Kooperationen, Synergien, und musste das beim Queen-Begräbnis sein? – Das ist eine absolut berechnete Frage. Wir haben das fast so erwartet. Wir kooperieren mit dem ZDF bei all diesen Großereignissen und haben richtige Vereinbarungen, dass wir gerade diese Sachen wie Königshaus, England, was immer ein globales Ereignis ist, egal, ob es eine Hochzeit oder ein Todesfall ist, abwechselnd machen. In diesem Agreement war eine Ausnahme festgehalten worden und das ist, wenn die Queen stirbt. – Nun hat sie 70 Jahre regiert. Wenn man einmal in 70 Jahren so ein Ereignis hat, das Milliarden Menschen um den Globus hinweg gefesselt hat – ob man das gut findet oder nicht, ist eine andere Frage –, haben wir gesagt: Okay, wir respektieren es, dass wir diese Vereinbarung haben und in diesem Sonderfall festgehalten haben, dass man die eigenen journalistischen Noten setzt. Ich kann aber für die ARD sagen, da weiß ich es zufällig, weil wir darüber gesprochen hatten – – Wir hatten nämlich, als das diskutiert wurde, zufällig gerade eine Intendantensitzung in Bremen und haben am Rande kurz darüber gesprochen. Der NDR ist für London zuständig, was die Auslandsberichterstattung angeht, und er hat lediglich vier Personen, keinen eigenen Ü-Wagen, hingeschickt, keine eigenen Sachen bereitgestellt, lediglich vier Personen zur Verstärkung. Das war überhaupt nicht so, wie man es vielleicht bei so einem Großereignis erwarten könnte. Aber es ist gut, dass da hinguckt wird, und dass Sie das fragen, Frau Kühnemann, zeigt, dass man eigentlich nicht bei jedem Ereignis den publizistischen und journalistischen Wettbewerb unbedingt möchte.

Da bin ich bei einem Thema, da springe ich gleich rein, denn das hatten Sie, Frau Ahmadi, gefragt: ARD und ZDF, speziell zur Mediathek wollte ich etwas sagen. Ich persönlich bin überzeugt, und ich habe schon, als ich regulärer ARD-Vorsitzender war, Anfang 2021, als die Auftrags- und Strukturdebatte bei der Medienpolitik begann, geschrieben, und das war damals sehr umstritten: Ich glaube, wenn man mal zehn Jahre in die Zukunft guckt – – „ARD 2030“ war der Artikel, das war Anfang 2021. Ich habe geschrieben: Für mich ist es eigentlich klar: Es wird im Jahr 2030 nicht mehr zwei getrennte Mediatheken geben. Ich glaube, die Nutzerin und der Nutzer werden das erzwingen, und wir müssen da unsere Kräfte bündeln. Aber die Zeit ist noch nicht so weit. Wir sind aber weiter gekommen, das kann ich auch sagen, nämlich, dass wir beim Lock-in – – Gemeinsame Lock-ins sind möglich. Das heißt, es sind zwei getrennte Universen, diese beiden Mediatheken, aber ich kann mit meinem ARD-Lock-in beim ZDF Dinge abrufen, und je öfter ich das mache, kommen die auf die personalisierte Startseite, und dann habe ich ein gemeinsames Erlebnis aus beiden Welten. Das ist der erste Schritt. Das wird mehr und mehr ausgebaut. – Ich springe thematisch etwas hin und her, aber ich will sagen: ARD und ZDF, Zusammenarbeit und Synergien ist ein ganz großes Thema. Wenn man kurz den Sprung macht zur ARD-Mediathek: Frau Ahmadi! Sie haben absolut

recht, dass die Mediathek immer benutzerfreundlicher werden muss. Man muss aber auch sagen, dass die Mediathek schon viel besser geworden ist. Erinnern Sie sich noch an die Zeit, das ist vielleicht fünf Jahre her? Da hieß es: „Sendung verpasst? – Klicken Sie hier!“ – Da war die Mediathek nur ein Überlaufbecken. Wir durften aber rechtlich die Dinge nur noch sieben Tage senden. Da gab es einen Medienstaatsvertrag, der das auf diese Zeit limitierte. Das ist alles längst Geschichte. Die Medienpolitik hat uns Möglichkeiten eröffnet. Jetzt machen wir inzwischen eigene Programmierungen. Wir haben sogar eine eigene Person in der Programmdirektion der ARD, das ist eine Frau, die speziell für die Programmierung der Mediathek zuständig ist. Das ist eine eigene Programmierungssäule.

Ich möchte noch etwas erwähnen: Frau Strobl hatte bei dieser in der Einführung schon erwähnten Programmreform unter anderem gesagt: Wir müssen mehr auf die Mediathek hin programmieren und produzieren. In der Mediathek laufen, wenn ich Investigatives oder Informatives bringen will, mehr Dokus. Eine längere Doku wird in der Mediathek wesentlich mehr nachgefragt als ein Magazinbeitrag bei Monitor oder Panorama. Der wird in der Mediathek digital nicht mehr so häufig angeklickt oder abgefragt wie die Doku. Also, lasst uns doch mehr Dokus machen und vielleicht dafür im Linearen – – Es war die Frage: Was sparen Sie denn da ein? Ich weiß nicht mehr genau, wer es war. Wie läuft diese Umschichtung? Was lassen Sie konkret? – Da war genau das der Vorschlag: Lass uns ein paar Mal die Magazine nicht senden, ein paar Mal im Jahr weniger, und dafür längere Dokus, die in der Mediathek ein viel längeres und besseres Leben haben. Das sind Beispiele dafür und durchaus kontrovers, denn Sie wissen, wie dann auch die Macherinnen und Macher reagiert haben. Das sind Beispiele dafür. Das ist peinvoll. Man ringt miteinander, auch mit dem Publikum und mit den Aufsichtsgremien, aber das sind Beispiele dafür, wie so eine Umschichtung ganz konkret aussieht.

WDRforyou: Wir haben es noch, andere Sprachen, anlassbezogen. Bei der Ukraine haben wir es gemacht. Wir hatten es logischerweise 2015, da ist es geboren worden, und folgende, aber das ist anlassbezogen. Wir können nicht eine große bundesweite Fremdsprachensendung daraus machen. Aber wir sind stolz im WDR, und dadurch, dass es im Internet ist, ein reines digitales Produkt, sind wir stolz, dass wir damit etwas geschaffen haben, was offenbar wirklich der Integration und auch der Lebenshilfe dient.

Was die Quellenprüfung angeht, um das abzuschließen: Das nehme ich mit. Das ist etwas für die Arbeitsebene, ich würde sagen, Ebene der Chefredakteurinnen und Chefredakteure. Ad hoc aus der Hüfte möchte ich so detailliert nichts dazu sagen. Ich sehe ganz spontan, dass man in der Zukunft möglicherweise künstliche Intelligenz für so etwas einsetzen kann, die sehr effizient vielleicht überprüfen kann: Wo ist die Quelle her? Wo ist das schon mal aufgetaucht? –, weil die schnell das Netz durchforsten kann. Aber ich nehme das mit, und ich werde das dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Dann zur Flexibilisierung: Nur, dass Sie mich richtig verstehen: Die Flexibilisierung ist nicht automatisch eine Ein-zu-eins-Einsparung, aber das heißt nicht, dass sie überhaupt keine Einsparung bringt. Natürlich ist denkbar, wenn Sie solche – Sie haben von One gesprochen, Sie haben 3sat, glaube ich, erwähnt – Spartenkanäle nehmen, heißt es nicht, man muss die linear auf einem eigenen Verbreitungsweg 24 Stunden streamen. Man kann auch sagen, man macht das, was im Netz auf Abruf, also on Demand – – Dann brauchen Sie nicht ein 24-Stunden-Vollprogramm. Das sind zum Beispiel Dinge. Auch da: Medienpolitik ist extrem komplex.

Ich glaube, Herr Fischer weiß das, aber Sie als Ausschussmitglieder auch. Wenn wir Lizenzware ins Netz stellen wollen, geht das nicht so einfach. Lizenzware heißt, wir haben irgendwas gekauft, ein tolles Ding, Sherlock oder was weiß ich, und wir sagen jetzt: Das wollen wir in die Mediathek stellen. Das geht nicht ohne Weiteres. Es muss erst linear ausgestrahlt sein. Das ist heute eigentlich auch anachronistisch. Aber das sind diese komplexen Details, wenn man mal in Medienpolitik einsteigt. Einer der Nutzen von One ist, dass man Dinge ausgestrahlt hat und kann sie danach noch in die Mediathek tun, aber natürlich ist es langfristig durchaus möglich. Ich sage Ihnen das ganz ehrlich: One ist ein Produkt, das der WDR einstellt und verantwortet, und das ist eine Sache, das sage ich als WDR-Intendant, ich muss das mit meinen Gremien, wie das vorgeschrieben ist, mit Dreistufentest und anderen Dingen, sorgfältig besprechen, aber das werde ich mir im neuen Jahr absolut vorurteilsfrei anschauen, ob das eine Möglichkeit ist. Das sage ich jetzt als jemand, der mal beweisen will, dass wir auch mal etwas loslassen und dass ich persönlich als WDR-Intendant etwas loslassen kann. Ich würde aber auch weiter gehen. Wir müssen uns nicht Tabus auferlegen. Man kann auch über 3sat nachdenken. Nur weil die Medienpolitik es noch nicht flexibilisiert hat, heißt das nicht, dass wir nicht darüber nachdenken könnten: Wäre das nicht auch was? – Dann stellt sich die Frage, Herr Gläser, in welchem Bundesland es verantwortet wird. Das ist eine Frage, die man dann stellen könnte, nur als kleinen Hinweis. Das sind Dinge, über die man nachdenken kann.

Was den Newskanal angeht, komme ich noch mal auf das zurück, was Frau Kühnemann eben gesagt hatte. Der Newskanal zeigt, dass Sie alle – Sie haben es bei der Mediathek erwähnt, Sie haben es bei der Queen erwähnt, Sie haben es beim Newskanal erwähnt – schon in der Denke auf dem Weg sind, mehr Zusammenmachen von ARD und ZDF zu denken. Das war von Herrn Gläser die letzte Frage: Was wäre denn eine große Einsparung? – Deshalb habe ich das in dem Artikel – Schrägstrich – der Rede gesagt, geschrieben, denn wenn man an große Dinge geht, dann ist das eine Frage, die man sich stellen kann, aber Herr Dr. King, ich habe das nicht vorgeschlagen. Zwei Dinge muss ich ganz leicht präzisieren: Einige, die mich kritisiert haben, haben hinterher gesagt: Da haben Sie dies und jenes vorgeschlagen. – Andere haben genau das Gegenteil gesagt: Sie haben gar keine Vorschläge gemacht. Sie haben nur Fragen aufgeworfen. – Ich habe es extra gemacht, denn ich will nicht die Antworten liefern. Ich muss auch sagen, dass mir und uns das nicht zusteht, denn das sind politische Fragen, wie viele Sender es gibt, ob ARD und ZDF stärker zusammenarbeiten, ob sie ganz zusammenarbeiten. Das sind wirklich essenziell politische Fragen. Deshalb ist das etwas, wo unsere Meinungen in der ARD durchaus auseinandergehen. Es gibt solche, die mit mir einer Meinung sind. Es gibt solche, die mit mir halb einer Meinung sind, finden aber den Zeitpunkt oder die Taktik vielleicht falsch, und es gibt solche, die ganz anderer Meinung sind. Die sagen: Nein, überhaupt nicht. Wir brauchen publizistische Vielfalt im Öffentlich-Rechtlichen. – Sie können mich um 2 Uhr nachts aufwecken. Dann kann ich Ihnen sagen, was gut ist an Kulturförderung, Filmförderung, publizistischem Wettbewerb mit dem ZDF. Das kann ich auswendig. Ich mache das seit zehn Jahren. Dann komme ich und sage: Und dann lassen wir die KEF ausrechnen, was es kostet, und das wird mehr sein, weil wir Inflation haben.

Jetzt komme ich zu dem Punkt: Ich will dem gar nicht ausweichen. Ich wollte mich nur nicht aufdrängen. Ich habe es nicht als Privatmann gesagt, das habe ich nirgendwo geschrieben oder gesagt. Irgendjemand hat es gesagt, und die anderen schreiben es alle ab, aber da bin ich geduldig. Mir ist wichtig, dass Sie mir abnehmen: Ich glaube, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Demokratie unverzichtbar ist. Ich glaube aber, dass die Gesellschaft, wenn

ich gucke, was ausgelöst durch das, was beim RBB im Sommer passiert ist – Da ist der Deckel vom Topf geflogen, und da kocht eine Brühe und eine Suppe der grundsätzlichen Infragestellung von dem, was wir tun, wie wir es tun und was es kostet, nicht nur der ARD, sondern alle. Ich muss das einfach zur Kenntnis nehmen, und ich hatte mir schon vorher in meinem Vorsitz Gedanken gemacht, wie die ARD 2030 sein wird. Da hatte ich aber nur im Rahmen dessen, was Konsens in der ARD ist, mal ein paar Dinge skizziert und gesagt, dass wir nicht mehr so viele Spartenkanäle haben werden. Wir werden in dieser digitalen Zeit möglicherweise nicht mehr die Anzahl von linearen Hörfunkquellen haben.

Die Herausforderung liegt vor uns auf dem Tisch, die Frage zu beantworten: Was erwartet die Gesellschaft vom gemeinnützigen Rundfunk im digitalen Jahrhundert? Das ist die inhaltliche Frage. Er ist unverzichtbar, und wenn die Antwort sein würde: gar nichts –, würde ich kämpfen wie ein Löwe, dass das nicht von der Gesellschaft entschieden wird. Ich glaube auch, das würde die Gesellschaft nicht wollen. Ich glaube aber, wenn wir nichts tun, auch wenn wir als Senderchefs sagen: Nein, das ist ein Tabu, und das ist unfein. Darüber redet man nicht. Da hängen viele Beschäftigte dran und die Kultur und dies und das – Ich glaube, dass wir dann den gemeinnützigen Rundfunk und das, was wir Wichtiges leisten, mehr gefährden, als wenn wir uns diesen Fragen stellen.

Mir war und ist wichtig, dass wir uns diesen Fragen ehrlich stellen, das können Sie mir glauben, und ich glaube, das spüren Sie auch. „Ehrlich stellen“ heißt: Ich habe nicht die Antwort zu geben. Wenn Sie mich fragen, sage ich: Es bleibt alles, wie es ist und muss im Digitalen noch wachsen. – Was erwarten Sie für eine Antwort? Wenn Sie aber jemanden von einzelnen Fraktionen in Sachsen-Anhalt fragen, wird der sagen: Viel zu viel. 10 Prozent reichen. – So haben Sie die ganze Spannbreite. Ich sehe das bei Ihnen hier auch. Es gibt Leute, die uns verteidigt haben, wenn es um Beitragserhöhung ging. Wenn man sagt: Nein, die Beschäftigten sollen geschützt werden und erhalten bleiben – wer A sagt muss B sagen –, dann ist die Schlussfolgerung daraus: Wenn ich eine Tarifierhöhung gebe, die gut ist, wenn ich Beschäftigungen ausweitere, dann brauche ich das Geld dafür, um das zu bezahlen, und das kommt vom Beitragszahler. Das ist ein logischer Zusammenhang.

Alle Fragen, die damit etwas populistisch zu tun haben, sind auch legitim. In der Demokratie gibt es nichts, was nicht legitim ist, also fast nichts. Das heißt, Intendantengehälter: Ja, Sie können es im Staatsvertrag regeln. Das kann die Gesellschaft in Deutschland als Ganzes anfassen. Sie können es aber auch, so ist es bisher – Es ist innerhalb der einzelnen Sender von den Aufsichtsgremien geregelt. Sie können aber auch sagen: Nein, ich mache das in einem Staatsvertrag oder Mediengesetz des einzelnen Senders. Sie sind, soweit ich weiß, in Berlin und Brandenburg gerade dran. Ich weiß, dass die im Mitteldeutschen Rundfunk, es sind drei Staatsvertragsländer, auch dran sind, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das ist vielleicht nicht angenehm, wenn jemand Intendant werden will oder schon ist und sagt: Oh, wenn ich noch eine Verlängerung möchte, dann muss ich das Gehalt kürzen. – Aber das ist legitim in der Gesellschaft. Man kann sich überlegen, wie man darauf reagiert. Nur eines muss ich betonen, und das ist nicht von mir, das ist vom Rechnungshofpräsidenten von Sachsen-Anhalt, der Mitglied in der KEF ist, und der hat im Landtag von Sachsen-Anhalt den Mut gehabt, den Abgeordneten bei einer Anhörung, wo ich vor kurzer Zeit war, zu sagen: Sie sind der Besteller – Politik, die Abgeordneten –, und wenn Sie die Bestellung nicht ändern, wird sich auch am Beitrag nichts ändern. – Dann hat er gesagt: Gehälter, alles schön und gut, aber jetzt mal Folgendes gerechnet – das ist der Mann der Zahlen –: Wenn Sie alle Intendantinnen und In-

tendanten – ARD, ZDF, Deutschlandradio, alle, elf Stück sind das – abschaffen und das heißt nicht, Sie nehmen neue, und die werden mit einem, keine Ahnung, halbierten Gehalt oder mit weniger Gehalt neu eingestellt, nein, Sie schaffen die Institution Intendant ab, 100 Prozent Einsparung, wie viel Einsparung würde es beim Beitrag geben? – Antwort des Rechnungshofspräsidenten und KEF-Mitglieds Sachsen-Anhalt: Null! – Es ist noch nicht mal ein Cent. Ich will damit aber trotzdem noch mal betonen: Es ist legitim. Sie können das machen. Das ist eine politische Pule. Sie können es in der Politik machen, oder Sie überlassen es den Aufsichtsgremien, den Verwaltungsräten. Wie auch immer Sie das entscheiden: Das ist demokratisch legitim, es wird aber den Beitrag nicht verändern. Das war mein Impetus. Das war die Motivation. Das war der eigentliche Kern von dem, was ich in Hamburg gesagt und in der „FAZ“ veröffentlicht habe, nämlich, wenn die Gesellschaft substanziell an den Beitrag will und ihn auch nur begrenzen will, muss sie eine ehrliche Diskussion über den Umfang von dem führen, was wir leisten. Es ist Selbstbetrug zu denken: Am Programm bitte nichts ändern, aber wenn ihr eure Verwaltung, Gehälter und so weiter, dann kommen wir mit weniger Geld aus. – Das ist eine Illusion. Das ist Selbstbetrug. Wie gesagt, das sage nicht ich. Das sagen die Rechnungshofspräsidenten. Mein Pitch ist nicht – – Gucken Sie, wie ich ins Risiko gegangen bin. Ich hätte es mir total einfach machen können. Ich hätte sagen können: Damit befasse ich mich gar nicht mehr. – Ich mache das. Wir kriegen vielleicht noch einmal eine Erhöhung, dann haben wir noch mal vier Jahre. Dann kann die KEF sagen, wie viel das ist, was wir kriegen sollen, und dann geht das durch die Landtage, sonst gehen wir zum Verfassungsgericht. Ich werde jetzt die Grundsatzfragen – – Es ist unfein. Das ZDF ist sauer auf mich, die Kulturbranche, Gewerkschaften vielleicht, weil Aufträge daran hängen. Da hängen Tausende freie Mitarbeiter dran. Wenn ARD und ZDF, falls die Gesellschaft es so wollen würde, nicht mehr alles oder das meiste komplett getrennt machen – – Mittagmagazin und Morgenmagazin machen sie im Wechsel, es gibt solche Sachen. Wenn die Gesellschaft das wollte, da hängen noch Arbeitsplätze dran. Damit muss man doch verantwortungsvoll umgehen. Da muss man einen Plan machen, wie das zehn, fünfzehn Jahre zurückgeführt wird auf das, was die Gesellschaft will.

Noch mal, das habe ich auch Kollegen von mir gesagt, die nicht mit mir einer Meinung sind: Ich habe gesagt: Mache dir mal klar: Selbst, wenn die Gesellschaft sagen würde, sie will gar nichts mehr von uns, dürfte sie das. Demokratietheoretisch darf sie das. Ich würde kämpfen wie ein Löwe, denn ich würde es für unglaublich gefährlich für uns alle halten, wenn es so ist, und zwar gerade, weil ich im Ausland war. Das Mutterland der Demokratie und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – – Nehmen Sie die BBC mal weg, dann haben Sie fast nur noch Zeitungen, die Torykandidaten – – Dann haben Sie keine Pluralität mehr in England, in einem Königreich, wo sehr viel unterschiedliche Länder drin sind. Es nennt sich UK, United Kingdom. – Ich habe jetzt sehr auf diese Sachen geantwortet, wo Sie sagen: Herr Buhrow! Dann sagen Sie doch mal etwas dazu. Wie gesagt, das ist kein abgestimmter Konsens in der ARD, aber ich wollte Ihnen zeigen, dass ich dem nicht ausweiche, dass die Sorge um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und ihn stark zu erhalten, mich in Zukunft antreibt, dass ich aber glaube, dass wir eine ehrliche Diskussion brauchen, um diese Neubegründung hinzukriegen.

Mein letzter Punkt zu diesem Themenkomplex ist: Ich glaube persönlich, dass die bisherige Struktur – 16 Staatskanzleien diskutieren mit elf Intendantinnen und Intendanten – das schwierig hinkommt. Wir bekommen viel hin. Medienpolitiker sind hochqualifizierte Experten, und die Intendanten sind auch nicht ganz doof. Wir kriegen viel hin. Wir haben Justi-

ziare und alles. Wir kriegen Fortschritte hin, aber eine Neuaufstellung von der Dimension, wie sie manche wollen, nicht alle, und seit den Ereignissen des letzten Sommers verstärkt aggressiv wollen, überfordert dieses Miteinander von 16 Staatskanzleien und elf Intendantinnen und Intendanten. Wir wissen, wie man verteidigt, was wir machen, den Status quo, und die Staatskanzleien wissen, wie sie Reformen verlangen, aber man muss gemeinsam in die Haftung gehen, wenn man die Leistung kürzt. Ich sage immer als Beispiel: Jeder Stadtkämmerer weiß es, und die Stadtkämmerer waren die Ersten, als die kommunalen Kassen knapp wurden, schon vor Jahrzehnten – – Wenn man dann entscheiden muss: Schließe ich das Schwimmbad ganz, oder schließe ich mehrere Stadtbüchereien, oder schließe ich vielleicht das Freibad während der Werktage und habe es nur am Wochenende auf und bei der Bücherei umgekehrt, oder was weiß ich – – Das sind Dinge, da gibt es auf jeden Fall Grummeln und Unmut. Die Leute wollen auch bei anderen öffentlichen Leistungen nicht so gern bezahlen, aber sie wollen die Leistung haben, und beides geht nicht. Das durchzustehen, ist eine politische Aufgabe. Ich will den Schwarzen Peter nicht wegschieben, und das war eine ausgestreckte Hand von mir.

Ich erkenne, was die Stunde geschlagen hat. Ich erkenne, dass das nur in einer gemeinsamen Haftungsgemeinschaft geht. Das ist ehrlich gemeint von mir. Das Fenster wird nicht ewig auf sein. Man wird natürlich jetzt gucken. Ich bin aber sehr zuversichtlich. Klar es gibt unterschiedliche Meinungen dazu in der Rundfunkkommission. Die Rundfunkkommission hat eine Klausurtagung in der zweiten Januar Hälfte anberaumt, und ich bin zuversichtlich, dass diese Fragen dann, wie auch immer, besprochen werden. Wenn die Rundfunkkommission sich zutraut: Ich mache es in der bestehenden Struktur selbst –, fein, dann würde ich sagen, ich unterstütze jede ehrliche Debatte, egal, wie sie geführt wird. Mein Impetus war oder meine Überzeugung ist, dass ich glaube, ein einmal in einer neuen Struktur – – Deshalb hatte ich das Stichwort des Runden Tisches gesagt. Ob ich da mitarbeite? – Ich würde sagen, nein. Man kann, wenn man gebeten wird, mal als Gast irgendwo Rat geben. Das kann auch mein Nachfolger als ARD-Vorsitzender sein oder alle Intendanten von ARD und ZDF, wie auch immer. Aber wir können es doch nicht selbst definieren. Dann sagen wir: Das, was wir jetzt machen und mehr. Das ist doch klar. – Mit anderen Worten: Der Neuanfang ist eine politische, gesellschaftliche und demokratische Aufgabe. Deshalb müssen wir auch keine Angst davor haben, weil es eine demokratische Debatte ist, wenn es so angegangen wird. – Damit habe ich ein paar Dinge – – Mir war es wichtig. Ich habe aber noch viele Detailfragen, die ich jetzt nicht beantwortet habe.

Frau Kühnemann! Digitalisierung und Unterhaltung: Ich finde, gerade Unterhaltung ist wichtig, damit wir alle Menschen erreichen. Wenn Sie Ihre Wahl haben, und Sie wollen diese Debatte abbilden, die verschiedenen Meinungen, die auch hier im Ausschuss zutage kommen, dann brauchen Sie ein Grundinteresse der Menschen. Sie müssen erst mal einschalten. Ich garantiere Ihnen: Wenn Sie einen reinen Nachrichtenkanal haben oder nur Dokus, Kultur und Info, dann werden Sie nur noch einen Bruchteil der Menschen erreichen. Immer, wenn der Bildungsbürger den öffentlich-rechtlichen Rundfunk skizziert, wie er ihn gern hätte, kommt eine Mischung aus ARTE und Phoenix raus. Aber ARTE und Phoenix zusammengenommen, haben weit unter 10 Prozent. Sie sind bei einstelligen – – Wichtige Programme, die ich auch selbst sehr schätze und schaue, aber das muss man wissen.

Ich war bei „Wetten, dass..“ auf Einladung von Norbert Himmler, und das sollte zeigen – – Aber ich habe es auch gemacht, denn ich finde die Sendung toll, egal, was hinterher über

Thomas Gottschalk, wie immer, genörgelt wurde. Das ist eine Messe, eine große Fernsehmesse, wo Sie erleben, wie von Kindern über Teenager bis hin zu Großeltern wirklich eine Klammer gemacht wird und die Leute sich das zusammen anschauen, zusammen in diese Halle kommen und sich zusammen zweckfrei schön unterhalten wollen, nicht zynisch, nicht, dass Menschen vorgeführt werden, sondern einfach normale Unterhaltung. Herr Gläser! Das ist vielleicht das, was Sie meinen.

Ich glaube, dass das ohnehin dort am meisten durchscheint, wenn wir ins Regionale gehen. Was die ARD angeht: Wir werden im Regionalen richtig geliebt. Die ARD wird als Ganzes respektiert, aber geliebt werden die einzelnen Landesrundfunkanstalten, da, wo bei mir meine Lebenswirklichkeit abgebildet wird. Mir war es schon vor zwei Jahren ein Anliegen, dass wir nicht nur 2020 durch die Landtage gehen und sagen: Wir brauchen die KEF-Empfehlung, wir brauchen die Beitragsanpassung, sondern auch sagen: Wir haben verstanden, dass wir in den Tagesthemen nicht nur die große Politik abbilden, sondern dass wir Geschichten aus den Regionen Deutschlands in die Tagesthemen auf die nationale Bühne holen. Dafür haben wir die Tagesthemen fünf Minuten verlängert. Was meinen Sie, wie lange es dauert, bis man das durch alle Teile der ARD durchgebracht hat, aber es hat funktioniert, und es funktioniert richtig gut.

Herr Goiny! Transparenz und Gremienkontrolle habe ich schon zum Teil angeteasert, als ich über die RFK gesprochen habe. Es kamen auch ein, zwei Fragen: Wie bewerten Sie das, dass Sie jetzt aufgefordert werden? – Ich muss selbstbewusst sagen – Sie haben vielleicht auch gelesen, dass ich das in der „Frankfurter Allgemeinen“ ein bisschen zurückgewiesen habe, was von der Leitung der RFK geäußert worden ist. Wir haben nun wirklich seit dem Sommer aufgeräumt. Wir haben die Transparenz auf den Weg gebracht. Wir haben mit unseren Gremien zusammen die Compliance auf den Weg gebracht, enorm, und wir haben das alles immer der RFK geschickt. Ich bin dazu übergegangen, dass ich das immer allen RFK-Mitgliedern schicke. Insofern lese ich das so wie eine Bestätigung der Arbeit, die wir getan haben und auch weiter tun, denn da sind Dinge drin, die ich kurz vorher der RFK zugeleitet hatte, was wir da machen. Insofern muss ich sagen, ich sehe es als Bestätigung.

Herr Goiny! Zum Transparentsein: Nummer eins ist: Wir haben Gremienkontrolle, was die Verträge von Produktionsfirmen angeht, Unterhaltungsstars et cetera. Ich glaube, wir werden zu noch mehr Transparenz kommen, aber die können wir als Sender, wir verheimlichen das nicht, nicht öffentlich erzwingen, weil sie Vertragsgeheimnisse haben. Das heißt, der Vertragspartner muss sagen: Du darfst mein Gehalt nennen –, weil er eigentlich ein Recht darauf hat, dass so ein Vertrag eben ein geheimer Vertrag ist, aber, und da können Sie sicher sein, es geht immer durch die Aufsichtsgremien. Beim WDR kann ich Ihnen schildern, wie das ist: Da schickt man das schriftlich hin, und dann kommen Fragen zurück. Wenn die Fragen zurückkommen, werden die schriftlich beantwortet. Dann machen die ihre Beratung intern, und dann wird man noch mal gegrillt, wenn man mit diesen Vorlagen dann richtig in die Beratung der Verwaltungsratssitzung geht. Man muss einfach mal sagen, es ist mittlerweile offiziell, dass das hier beim Verwaltungsrat des RBB lange Zeit nicht so war, und das war einer der Gründe, warum solche Dinge passieren konnten, weil Dinge vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates offensichtlich, muss ich vorsichtig formulieren, mündlich vorgetragen wurden und dann beschlossen wurden, ohne dass es eine schriftliche Vorlage gab.

Das ist natürlich etwas ganz anderes. Ich finde, man muss sich darauf verlassen. Wir sind unseren Gremien gegenüber komplett transparent. Da gibt es nichts – –, was nicht Gehälter von Einzelnen bei Filmen – –. Ich schaue jetzt auf die Uhr, aber es war mir wichtig, das jetzt noch mal zu sagen. Ich mache noch ein bisschen weiter.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Buhrow, Sie haben gesagt, Sie müssten um halb los. – [Tom Buhrow: Ja, stimmt!] – Das ist ja gleich. Aber Herr Förster hat sich noch einmal gemeldet. Ist das nicht mehr aktuell, Herr Förster?

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender, Intendant des WDR): Okay. Dann mache ich noch fünf Minuten, wenn ich darf.

Vorsitzende Derya Çağlar: Sie haben die fünf Minuten, es sei denn, Sie müssen gleich los. Ich habe jetzt an Sie gedacht.

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender, Intendant des WDR): Ja, die zerren mich jetzt raus. Das ist auch richtig.

Vorsitzende Derya Çağlar: Okay, super!

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender, Intendant des WDR): Nein, ist schon richtig. – Zur Digitalisierung und Unterhaltung, Frau Kühnemann, noch ein Beispiel: TikTok haben Sie genannt, das ist ganz richtig. Die „Tagesschau“ – glauben Sie es oder nicht – ist die erfolgreichste Informationssendung auf TikTok, natürlich für TikTok gemacht. Wir sind da im Millionenbereich. Beim Sport ist schon seit etlichen Jahren Teilen das neue Haben. Wir haben den DFB-Pokal gekauft und gesendet und das ZDF die Champions League. Die Champions League ist schon Geschichte. Stattdessen teilen wir uns den DFB-Pokal. Die großen Turniere teilen wir uns sowieso, inzwischen aber nicht nur ARD und ZDF, sondern auch die Telekom, es gibt noch private Anbieter und Sublizensierungen. Beim Sport haben wir so viel gekürzt, wie bei keinem anderen Teilbudget, wie bei keinem anderen Etat. Ich weiß, man sagt immer: Sport, Sport. – Aber Sport gehört grundsätzlich zu der Klammer um die ganze Gesellschaft. Wenn ich mir jetzt vorstelle, dass so etwas wie gestern Abend – das haben ja viele geguckt, ich fand England-Frankreich das beste Spiel des Turniers bisher – am nächsten Tag im Gespräch an der Kaffeemaschine ist. Das ist auch etwas, was die Menschen versammelt. Dann erreicht man sie auch mit anderen Produkten. Wir haben, wie kein anderer Senderverbund – ob das bei den Winterspielen in Sotschi war etc. – diese kritische Berichterstattung, die gar nicht in dem Maße wahrgenommen würde, wenn wir nicht auch die Sportereignisse hätten.

Wir haben, was den Journalismus stärken angeht, Kooperationen. Die „Süddeutsche Zeitung“, der NDR und der WDR haben eine Recherche Kooperation. Wir machen unsere investigativen Anstrengungen zusammen. Wir haben die Panama Papers und andere Sachen zusammen gemacht. Wir haben auch mit dem „Spiegel“ zusammen gemeinsame Interviews von den Chefredakteuren mit Staatschefs oder andere Geschichten gemacht, bei denen wir kooperiert haben. Solche Kooperationen laufen, und sie werden, glaube ich, sogar noch weiter zunehmen.

Herr King, Sie haben die Regionalität erwähnt – Vollprogramme – und hatten den Eindruck, ich würde die regionalen Programme nicht für so wichtig halten oder sie infrage stellen. Ich muss das präzisieren, weil das nicht der Fall ist. Das Regionale ist ein Top-Teilprodukt. Gera-

de für uns als ARD, kann man sagen, ist es die Basis, auf der wir stehen. Aber Sie hören wahrscheinlich genauso häufig wie ich: Ist jede regionale Kochshow, ist das Regionalität? Da höre ich immer wieder: Aber da habt ihr so viel vom Gleichen. Das ist doch viel zu ähnlich. Klar, das eine ist in Brandenburg, das andere ist irgendwo in Rheinland-Pfalz oder in Nordrhein-Westfalen. Muss das alles sein? Das ist doch ganz ähnlich. – Solche Dinge müssen wir natürlich ernst nehmen, und wir müssen gucken, wie die Vollprogramme aussehen. Zum Beispiel beim Mitteldeutschen Rundfunk haben sie die alten DEFA-Filme. Da ist bei den fiktionalen Programmen sehr viel Regionalität, also Heimat, drin. Bei anderen Sendern wird manchmal geklagt, die „Tatort“-Wiederholungen würden in den dritten Programmen abgepielt. Man sollte sich das deshalb als offene Frage angucken. Ich will das überhaupt nicht infrage stellen. Die Regionalität ist extrem wichtig. Das ist die regionale Information – nicht nur bei Corona –, und das geht quotenmäßig durch die Decke.

Was ist aber mit dem Rest des Programms? Ist das alles auch unverzichtbare Regionalität? – Dann kann man verschiedene Varianten durchdenken. Man kann sich durchdenken, was mit den Fernsehprogrammen ist – wie in diesem Fall, man kann sich natürlich auch die Hörfunkdinge angucken –, ob da nicht ein bestimmter Teil das Wichtigste ist. Das sind offene Fragen, ich habe es nur ausgesprochen. Ich will nicht sagen: Wir stellen dieses oder jenes ein. – Ich will nur sagen, dass das Fragen sind, die man sich stellen muss. Ich glaube Ihnen, dass Sie das auch verteidigen, wenn es etwas kostet, aber es gibt andere, in anderen Bundesländern noch mehr als vielleicht hier, die es infrage stellen. Die kommen vom Geld her. Dann muss man sagen – das kann ich nur immer wieder wiederholen –: Nur mit Verwaltung und Technikzusammenarbeit werden Sie keine Rieseneffekte mehr erzielen, denn wir haben schon Milliarden bei der Zusammenarbeit rausgekürzt.

Ich möchte auf einige politische Fragen, Herr Gläser, nicht antworten, und zwar extra. Federführung Rheinland-Pfalz, ist die RFK überhaupt in der Lage für den Runden Tisch? Ich glaube, da sind qualifizierte Leute, die sind zu viel in der Lage, aber das sind politische Fragen. Die Länder müssen diejenigen sein, verfassungsrechtlich sind sie für die Medienpolitik zuständig und müssten diejenigen sein, die es einberufen würden, wenn sie sagen würden: Ich will ein Forum, das außerhalb von unseren 16 Bundesländern stattfindet. – Das ist eine Sache, die die Länder tun müssten und tun können. Da würde denen auch nichts weggenommen werden können.

Noch ganz kurz zum Thema Qualifikation von Journalisten: Das ist ein ständiges Thema. Wir haben eine Medienakademie, wo alle aus der ARD – ich glaube, und ZDF sogar – Aus- und Fortbildungen zusammen machen können. Ich kenne die Journalistenausbildung beim WDR, ich habe sie 1985 selber genossen. Ich fand sie sehr gut. Ich weiß aber, dass das ein ständiges Thema ist. Ich kann Ihnen sagen, ich muss die Medizin, die wir manchmal verabreichen, selber ja auch nehmen. Bei Medienberichterstattungen in der Presse ist die Medienkritik häufig ein Teil des Feuilletons. Da ist die Trennung zwischen Nachricht und Kommentar auch nicht gerade entwickelt, und ich muss dann auch damit leben, dass das so ist. Da sage ich immer: Gut, das ist die Medizin, wo einige Politiker sich manchmal beschweren, dass sie die von uns verabreicht kriegen.

Ich glaube, ich habe jetzt en gros relativ viel abgedeckt und hoffe, dass damit ein paar Fragen beantwortet sind, vor allen Dingen weil Sie unbedingt wissen wollten, was mich bei der Grundsatzdebatte angetrieben hat und antreibt, die, wie ich glaube, unvermeidbar ist. Man

kann sie noch ein paar Jahre hinausschieben. Das ist ein Punkt – ein guter Schlusssatz –: Ich hätte mir nicht verziehen, wenn ich in zehn Jahren im Sessel sitze und sage, ich habe es die ganze Zeit gewusst, ich hatte meine Überzeugung, habe sie aber aus Rücksicht auf alle möglichen Kräfte links und rechts und oben und unten nicht gesagt, auf die anderen ARD-Kollegen und auf das ZDF, ich wusste es. Wenn es dann zu ungeordneten Prozessen kommt, weil sich zu viel aufgestaut hatte, und ich sitze da und denke, ich habe es eigentlich gewusst, wollte es sagen, habe es aber nicht gesagt, das würde ich mir nicht verzeihen. Wenn ich jetzt Watschen und auch Kritik kriege – Wie können Sie dieses oder jenes sagen, behaupten oder fordern? –, dann ist es das wert. Was jetzt daraus wird, ist dann eine politische Frage. Ich glaube, dass wir keine Angst vor einer demokratischen Debatte haben müssen. – Danke! Ich danke Ihnen, dass Sie das hier ertragen haben! – [Allgemeiner Beifall]

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Buhrow! – Dann würde ich Sie jetzt, wenn Sie gehen müssen, gehen lassen. Vielen Dank, dass Sie nach Berlin zu uns ins Abgeordnetenhaus gekommen sind. Schön, dass Sie hier waren und sich die Zeit genommen haben, auch an Ihre Kolleginnen und Kollegen. Ich wünsche Ihnen noch einen erfolgreichen Anschlusstermin. Sie haben gerade noch einen Chanukka-Leuchter vom Rabbiner Teichtal überreicht bekommen. Schön, dass Sie da waren. Vielen Dank für Ihren Einsatz und viel Erfolg weiterhin! Bestimmt bis zum nächsten Mal! Einen schönen Tag noch!

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender, Intendant des WDR): Ich danke Ihnen sehr, auch für Ihr Verständnis. Es waren aber auch viele Fragen. Ich wollte Ihnen nichts schuldig bleiben.

Vorsitzende Derya Çağlar: Es ist uns klar gewesen, dass nicht alles heute hier beantwortet werden kann, denn das wäre ein großer Rundumschlag. Von daher vielen Dank für die Beantwortung, die Sie hier gegeben haben. – Vielen Dank!

Tom Buhrow (ARD-Vorsitzender, Intendant des WDR): Vielen Dank! – Ich danke Ihnen für die offenen Ohren, aber auch für die offenen Köpfe für die Inhalte. Danke, dass ich da sein konnte. Ich bin jederzeit bereit. Ich finde, Austausch ist das Wichtigste, ist das Lebenselixier der Demokratie. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Schönen Tag noch! – [Allgemeiner Beifall] – So, dann schließen wir den Tagesordnungspunkt hiermit ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0471
**Kündigung der Rundfunkstaatsverträge –
Rundfunkbeitrag abschaffen!**

[0034](#)
EnBuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Medienboard Berlin-Brandenburg: Arbeit und
Perspektiven für 2022**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion der FDP)

[0005](#)
EnBuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 18. Mai 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation und Perspektiven für die Deutsche Film-
und Fernsehakademie (DFFB)**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Die Linke und der Fraktion der FDP)

[0018](#)
EnBuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22. Juni 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Situation und Perspektiven für die European Film Academy (EFA)

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP)

[0019](#)

EnBuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22. Juni 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.